

Inhaltsverzeichnis

So wichtig ist Wald fürs Klima Kronen Zeitung vom 09.04.2021 (Seite 20)	Seite 2
Donaufeld: Kröten machen sich auf die Wanderschaft Kronen Zeitung vom 09.04.2021 (Seite 30)	Seite 3
"Die Wahrscheinlichkeit steigt" energynewsmagazine.at vom 09.04.2021	Seite 4
"Wir werden es häufiger erleben" energynewsmagazine.at vom 09.04.2021	Seite 19
FF-Landesvize Boyer: „Müssen Gürtel enger schnallen!“ . noen.at vom 09.04.2021	Seite 34
Fruchtbare Böden – eine schwindende Lebensgrundlage Wiener Zeitung vom 09.04.2021 (Seite 1)	Seite 36
Der schleichende Verlust Wiener Zeitung vom 09.04.2021 (Seite 17)	Seite 37
Neues Angebot für geförderte Grünfassaden in Wien umweltberatung.at vom 08.04.2021	Seite 39
Ein Millimeter im Jahr wienerzeitung.at vom 08.04.2021	Seite 44

"Kronen Zeitung" vom 09.04.2021 Seite: 20 Ressort: Lokal Von: Mark Perry Bgld, Ktn, Wi Mitte, Wi Nord, Wi Süd, Wi West, N.Ö., O.Ö., Sbg, Stmk, Ti, Vbg

Unsere Forste speichern jährlich mehr CO₂, als der gesamte Verkehr ausstößt:

So wichtig ist Wald fürs Klima

Das Wetter hätte nicht eindringlicher auf Klimakapriolen hinweisen können. Denn bei einer Waldexpedition auf den Dunkelstein bei Hafnerbach (NÖ) tobte ein Schneesturm. Umso nachdrücklicher betonten die „öko-geadelten Forstexperten“, wie wichtig der „grüne Tann“ zur Rettung der Menschheit aus der Klimakrise ist.

Gutsherr Montecuccoli (li.) und Hasenauer mit Hund „Molly“

„Wir nutzen den Wald nur sehr behutsam und lassen dort auch Totholz für rare Fauna und Flora zurück“, versicherte der Präsident der Land- und Forstbetriebe Österreichs, Felix Montecuccoli, bei der Begutachtung seiner ökologisch mustergültig bewirtschafteten Wälder an den Hängen des markanten Bergs.

Dass wir dem Wald auf gewisse Art dankbar sein können, betonte Hubert Hasenauer, Rektor der Universität für Bodenkultur. Laut seinen – von vielen Studien wissenschaftlich belegten – Berechnungen werden durch Österreichs Wälder jährlich rund 28 Millionen Tonnen CO₂ aufgenommen. Das ist mehr, als der gesamte Verkehr auf heimischen Straßen im selben Zeitraum ausstößt.

Seine Devise (nicht nur während des Schneesturms im grünen Herzen der Heimat): „Raus aus fossilen Materialien in jeder Hinsicht.“ Das Ziel müsse natürliche Kohlenstoffspeicherung sein: „Wenn wir Holzprodukte als Alternative zu emissionsintensiven Materialien für Bauen und Energie verwenden, bringt das den höchsten Effekt für die Bekämpfung des Klimawandels.“ Salzburgs Landwirtschaftskammer-Direktor Nikolaus Lienbacher unterstreicht das, mahnt aber zugleich sorgfältige Ressourcennutzung ein.

"Kronen Zeitung" vom 09.04.2021 Seite: 30 Ressort: Sonderseiten Von: Philipp Wagner Wi Nord

Tiere am Weg zu Laichgewässern Vorsicht ist geboten

Donaufeld: Kröten machen sich auf die Wanderschaft

Die Erd- und Wechselkröten im Donaufeld sind wieder auf dem Weg zu ihren Laichgewässern, um sich dort fortzupflanzen. Im Vorjahr haben Universität Wien und BOKU ein sehr großes Vorkommen festgestellt. Anrainer und Zufahrende werden daher gebeten, in den kommenden Wochen besonders vorsichtig zu fahren.

Wechselkröten zählen zu den streng geschützten Tierarten

Bei der Wechselkröte handelt es sich um eine streng geschützte Art. In der Nordmangasse und An der Schanze müssen die Tiere die Straßen queren und es droht große Gefahr. In beiden Gassen besteht jedoch größtenteils ein Fahrverbot, Zufahrt ist nur für Anrainer gestattet.

Wer in der Morgendämmerung oder in Abendstunden dort unterwegs ist, sollte daher besonders vorsichtig fahren, um weder Tiere noch Helfer zu gefährden. Der Verein Freies Donaufeld, der Naturschutzbund Wien und die Österreichische Gesellschaft für Herpetologie begleiten die Wanderung.

Die Helfer sind sich auch einig, dass eine geplante Verbauung des Donaufeldes mit 6000 Wohnungen, die Tiere noch stärker in Bedrängnis bringen wird. Gefordert werden daher neue Konzepte.

"energynewsmagazine.at" gefunden am 09.04.2021 08:42 Uhr

"Die Wahrscheinlichkeit steigt"

Suchen Sie nach einem bestimmten Begriff..... oder filtern Sie nach Themen und Quellen. Strom Gas Öko Innovationen Energiebörse Allgemein

Quellen

APA

News

Presse-

SpiegelReportage Veranstaltungen

Filtern nach Meistgelesen Chronologisch Relevanz

Ihr Suche ergab leider kein Ergebnis! Bitte versuchen Sie es mit einem anderen Begriff.

Alle anzeigen

0 0 161973360007 701619733600 Weiter zum Artikel

Wien, 30. Apr. 2021

Der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) steigt im April im Vergleich zu März um 4,6%. Gegenüber April 2020 liegt er damit 71,3% höher. Der von der Österreichischen Energieagentur berechnete Index steigt im April auf 83,30 Punkte. In den letzten 12 Monaten lag der ÖGPI im Schnitt bei 52,05 Punkten. Tiroler Tageszeitung, 30.03.2021, S. 19 1 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Österreich, 08. Apr. 2021

Wer eine große Menge an Waren bewegt, hat auch hohes Potenzial, um bei der Logistik Energiekosten zu sparen und den CO₂-Fußabdruck zu reduzieren. Fünf Praxisbeispiele zeigen, welche Ansätze sich besonders gut im Unternehmensalltag umsetzen lassen. Ökologische Maßnahmen haben beinahe immer einen sehr erfreulichen Nebeneffekt: Sie sparen Energie und damit auch Geld. Doch bis dieser Effekt schlagend wird, muss man häufig investieren, Prozesse umstellen und Gehirnschmalz in das Thema stecken. Entsprechend wichtig ist ein Mindset, das die Maßnahmen konsequent vorantreibt. Ein Paradebeispiel für diese Herangehensweise ist Vöslauer. "Wir bei Vöslauer leben Nachhaltigkeit so, dass wir von überall her an den Zielsetzungen arbeiten. Das ist bei uns eine Frage der Haltung", erklärt Geschäftsführer Herbert Schlossnikl seinen Ansatz. Bei dem Mineralwasserproduzenten will man also nicht business as usual machen und nur dann und wann ökologische Projekte umsetzen, sondern den Nachhaltigkeitsanspruch konsequent in alle Prozesse und Strukturen integrieren. Logistik und Mobilität machen dabei natürlich keine Ausnahme. "In den Bereichen Transport und Mobilität verfolgen wir eine konsequente Verringerung der Umweltbelastungen", sagt Schlossnikl. Die Betriebsstoffe bezieht das Unternehmen aus Österreich bzw. aus der Region. Die Logistik aller Waren wird bis ins Detail abgestimmt. So sucht Vöslauer gemeinsam mit ihren Fracht-Partnern permanent nach Optimierungsmöglichkeiten. Konkret geht es dabei um die Reduktion von Leerfahrten, um Tourenoptimierungen, die Erhöhung der Anliefermengen bei Grundstoffen, die Optimierung der Abhollogistik und auch um den Einsatz CO₂-reduzierter LKW. Dadurch senkt der Betrieb kontinuierlich die Transportkilometer bei gleichzeitigem Ausbau des Schienenanteils. Das große Ziel lautet für Schlossnikl: in der Logistik einen Schienenanteil von 30 % erreichen. 2019 lag der Anteil bei rund 22 % für Österreich und Deutschland. Wird Österreich allein betrachtet, dann lag der Schienenanteil bei rund 25 %. FAKTOR ELEKTRO Auch innerbetrieblich wurden diverse Stellhebel gesetzt. Spritspar-Trainings und das Umrüsten der PKW-Flotte auf E-Dienstwagen bzw. Fahrzeuge mit geringem CO₂-Ausstoß sorgen für eine Reduktion

der Emissionen. Ein besonderes Ass kann Vöslauer kommendes Jahr ausspielen. Mit der Errichtung eines neuen Hochregallagers in Bad Vöslau konzentriert das Unternehmen künftig alle Produktionsprozesse an einem Standort. Nach der Inbetriebnahme entfallen insgesamt 7.500 LKW-Transporte pro Jahr, davon allein 6.000 in Bad Vöslau. Dies soll deutlich weniger LKW-Verkehr im Ortskern und natürlich eine deutliche Reduktion von CO₂-Emissionen zur Folge haben.

SDG-BASIERTE STRATEGIE Auch beim Reinigungsmittelproduzenten hollu folgen alle Nachhaltigkeitsmaßnahmen einer tiefen Überzeugung. "Als Tiroler Familienunternehmen tragen wir eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Verantwortung, was die gesamte Wertschöpfungskette betrifft", sagt Geschäftsführer Simon Meinschad. Seit 2018 orientieren sich die Mitarbeiter von hollu im täglichen Arbeiten an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen - den Sustainable Development Goals (SDGs). "Unser gesamtes Denken und Handeln wird von den SDGs bestimmt, und wir entwickeln uns laufend in diesem Sinne weiter -für eine lebenswerte Zukunft vieler weiterer Generationen auf unserem Planeten", erklärt Meinschad. Dabei spielt auch der Bereich Logistik eine wichtige Rolle.

REGIONALE BESCHAFFUNG NÜTZEN Dass mehr als 60 % der Hauptlieferanten von hollu in Österreich sind, ist ein erster wesentlicher Faktor. Bereits über 85 % aller Lieferungen kommen aus einem Radius von maximal 500 km Entfernung. Entsprechend großen Wert legt hollu auf regionale Partnerschaften und möglichst kurze Transportwege bei der Rohstoff beschaffung. "Je näher, desto besser", sagt Meinschad. Über ein eigenes Online-Bewertungstool werden Punkte an die Lieferanten für ihre soziale Verantwortung und ihren ökologischen Fußabdruck vergeben. Gute Werte werden mit Preisvorteilen von bis zu 5 % belohnt. Vorteilhaft wird sich auch eine 3.500 m² große Photovoltaikanlage auswirken, die für das Dach des Lagers von hollu geplant ist. Zudem wird es ein komplett neues Verkehrs- und Wegekonzept am Standort Zirl geben. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität. Dazu werden fortlaufend reine E-Varianten und Hybridfahrzeuge getestet. Wir verfolgen eine konsequente Verringerung der Umweltbelastungen. Herbert Schlossnikl, Vöslauer Unser Ziel ist es, bis 2025 CO₂-neutral zu sein. Simon Meinschad, Geschäftsführer hollu

OPTIMIERTE TOURENPLANUNG Keine technische, sondern eine organisatorische Lösung hat man für zwei Fachberater im Vertrieb gefunden. Sie haben kurzerhand ihre Vertriebsgebiete aufgrund ihrer Wohnorte getauscht. So verringert sich für jeden die Anfahrt enorm, und auch die Tourenplanung wurde optimiert. Das Ergebnis: eine Einsparung von 19.000 km und 1.140 Litern Diesel in zehn Monaten. Eine Idee, die auch in der Niederlassung Linz Anklang gefunden hat. An dem Standort wurde die gesamte Tourenplanung effizienter gestaltet. "Unser Ziel ist es, bis 2025 CO₂-neutral zu sein. Der größte Hebel zur Klimaneutralität liegt bei hollu im Treibstoffverbrauch des Fuhrparks. Deshalb werden wir alle Firmenfahrzeuge auf alternative Antriebsformen aus erneuerbarer Energie umstellen -mit eigener Elektrotankstelle am Standort Zirl. Weiters entsteht dort mit der geplanten Photovoltaikanlage unser eigenes Sonnenkraftwerk -für 100 % Ökostrom made by hollu", fasst Meinschad die zentralen Stellhebel zusammen.

ALTERNATIVE ANTRIEBE TESTEN Auch bei der Brau Union Österreich hat man intensiv über CO₂-Einsparungen in der Logistik nachgedacht, und auch dort spielt der Transport eine zentrale Rolle. "Seit 2018 bauen wir den Anteil emissionsfreier E-LKW in unserem Fuhrpark kontinuierlich aus", sagt Gabriela Maria Straka, Mitglied der Geschäftsleitung und ambitionierte Vorreiterin in puncto Nachhaltigkeit. Um den Transport im Fuhrpark der Brau Union Österreich emissionsfrei zu gestalten, ist aus ihrer Sicht Elektromobilität die wirtschaftlich attraktivste Lösung. Ein wesentliches Zwischenziel liegt nun darin, die Logistik am Standort der grünen Brauerei Göss auf Elektro umzustellen. Um auch bei anderen alternativen Antriebsquellen am Puls der Zeit zu bleiben und Erkenntnisse für weitere Investitionen in diesem Bereich zu sammeln, sind in der Brauerei Göss zudem zwei LKW mit Erdgasantrieb in Betrieb. Losgelöst von der Antriebsart, richtet sich schon jetzt die Anzahl an tatsächlich eingesetzten LKW nach dem täglichen Verkaufsvolumen. Zudem investiert die Brau Union nur noch in emissionsarme EURO6-LKW, während alte Modelle aus dem Verkehr gezogen werden. Auch Gas- und Dieselstapler werden laufend durch Elektrostapler ersetzt.

KOOPERATIONEN NÜTZEN Einen weiteren, besonders innovativen Ansatz im Bereich Transport, der zum Nachahmen einlädt, lebt die Brau

Union Österreich seit Mai 2019. Durch eine gemeinsame Logistik mit Coca-Cola HBC Austria werden im Großraum Wien Kunden gemeinsam mit einem Transport beliefert. Zuvor waren zwei verschiedene Flotten unterwegs. Mit der Übernahme der Coca-Cola-Transporte durch die Brau Union Österreich können Synergien genutzt werden, denn über ein Drittel der Kunden werden von beiden Unternehmen bedient. Dadurch werden weniger LKW benötigt, deutlich weniger Kilometer zurückgelegt und folglich auch weniger CO₂-Emissionen ausgestoßen. Ein Erfolgsmodell, das in kleinerem Umfang auch mit Gasteiner gelebt wird. LEERFAHRTEN VERMEIDEN Beim Transport Einsparungen vorzunehmen ist nicht immer ganz einfach -selbst wenn der Wille vorhanden ist. Manfred Ergott von der Druckerei Janetschek im Waldviertel hat sich als Nachhaltigkeitspionier intensiv den Kopf darüber zerbrochen. Doch aufgrund der geografischen Randlage sei eine Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität aktuell genauso wenig möglich wie ein noch kompakteres Zusammenlegen der Lieferrouen. Schließlich müsse man flexibel auf Kundenwünsche reagieren können. Doch zwei wesentliche Ansatzpunkte konnten umgesetzt werden. Die tägliche Hauptlieferung in den Großraum Wien bzw. St. Pölten hat Janetschek an eine Spedition ausgelagert und damit einen Umweltvorteil gewonnen. "Früher fuhr unser eigener LKW täglich leer zurück ins Waldviertel", erzählt Ergott. Nun werden zuerst ihre Zustellungen und Abholungen erledigt, und dann disponiert die Spedition noch weitere Abholungen und Transporte für den Rückweg. Die zweite Maßnahme der Waldviertler Druckerei: Sie beauftragt seit einigen Jahren ausschließlich die Österreichische Post mit der CO₂neutralen Zustellung von allen kleineren Lieferungen, was bei dem Betrieb einen erheblichen Teil ausmacht. "Die Transporte werden zwar 'nur' kompensiert, aber immerhin hat die Post einen Anreiz, so viele Transporte wie möglich mit reduziertem CO₂-Ausstoß durchzuführen", meint Ergott. ENERGIEARM LAGERN, PLASTIKFREI VERSENDEN Ganz enorme Paketmengen werden Tag für Tag vom südoststeirischen Paldau aus bewegt. Dort sitzt das E-Commerce-Unternehmen Niceshops. Bis zu 20.000 Pakete werden täglich in die ganze Welt verschickt. Roland Fink, Gründer von niceshops, erklärt seine Strategie so: "Nachhaltigkeit ist ein integraler Bestandteil unserer Firmenkultur. Seit 2018 arbeiten wir zertifiziert klimaneutral. Unter anderem produzieren wir über eine riesige Photovoltaikanlage grünen Strom und heizen unseren Firmenkompex in Paldau durch die benachbarte Biogasanlage. Beim Versand unserer Pakete setzen wir auf plastikfreie Materialien und haben dort, wo es möglich ist, das Füllmaterial auf kompostierbares Material umgestellt", so Fink. Auf dem Weg zur Klimaneutralität hat die Gestaltung des Standorts eine besonders große Rolle gespielt. Schon bei der Planung des neuen Logistikzentrums stand die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt. Die wichtigsten Nachhaltigkeitsfaktoren beim Bau des Logistikzentrums waren: der Rohstoff Holz als Baumaterial, eine ordentliche Dämmung sowie ein Kreislauf aus Wärme und Kühlung. Die Wirtschaft, 08.04.2021, S. 20-22 2 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

08. Apr. 2021

Während Premier Borisov nach den Wahlen um die Macht ringt, können sich viele Bulgaren nicht einmal eine warme Wohnung leisten. Die Armut zwingt dazu, billig und schädlich zu heizen. Wessa Penkova öffnet die Haustür mit dem Ellenbogen. In den Armen trägt die Frau große Holzscheite, die noch nach frischem Wald riechen. Mühsam beugt sie sich über den Ofen und schiebt einen Scheit nach dem anderen in die Ofenklappe. Heizen sei nicht einfach, erzählt sie. "Bis ich in den Holzschuppen komme, muss ich erst mal den ganzen Schnee wegschaufeln. Das fällt mir schwer." Wessa Pankowa ist alt, und in Dalbok dol, einem Dorf im gebirgigen Zentralbulgarien, ist der Winter oft hart. Der Ofen steht in Wessas Küche, an der auch nachts schläft. Wenn das Holz zu brennen beginnt, wird es wohligh warm. Der Rest des Hauses - das Gästezimmer, wo die Geranien überwintern, das Treppenhaus und das obere Stockwerk - bleibt aber klirrend kalt. Wand gegenüber ist das Bett, wo sie im Sommer ihr Nickerchen macht und im Winter Damit ist die Pensionistin nicht alleine. Daten des europäischen Statistikamtes Eurostat zeigen, dass sich mehr als ein Drittel der bulgarischen Haushalte nicht ausreichend Wärme im Winter leisten kann. Die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft wirkt sich auch darauf aus, welche Energie genutzt wird -genauer: wie die Haushalte heizen. Steigende Preise

Der Lebensstandard junger Manager unterscheidet sich zwar in Bulgarien kaum von dem ihrer Kolleginnen und Kollegen in Westeuropa. Die steigenden Energiepreise zwingen aber immer mehr Menschen dazu, auf Strom oder Fernwärme zu verzichten - nicht nur Pensionisten oder Arbeitslose, sondern auch Berufstätige mit niedrigen Einkommen, mit Familien und Kindern, die sogenannten Working Poor, deren Anzahl in den letzten Jahren nur noch wächst. Die Regierung hat zwar noch vor den Wahlen vom Wochenende Gesetze für neue, umweltgerechtere Auflagen verabschiedet. Doch sie schienen nicht wirklich zu greifen. Mehr als die Hälfte der Bulgaren heizt mit Festbrennstoffen wie Holz oder Kohle. "Für uns als Gesellschaft ist das ein Rückschritt", sagt die Energieexpertin Maria Wassileva in der Gemeinde Trojan. "Wenn wir zurückblicken, haben im Sozialismus viel weniger Menschen mit Holz geheizt. Die Menschen haben es heute schwerer." Diejenigen, die sich nicht einmal ein warmes Zimmer leisten können, werden vom Staat mit 250 Euro pro Saison unterstützt - das reicht, um sich Holz oder Kohle für etwa drei Monate zu kaufen. Es wäre jedoch die Aufgabe des Staates, nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln, um die Menschen aus der Falle herauszuholen, meint Petar Kissjov, Experte für Energiepolitik von Green Synergy Clusters (GSC) in Plovdiv. "Bulgarien hat bisher keine zielgerichtete Politik und keine Finanzinstrumente gegen die Energiearmut. Im Gegenteil. Die Hilfen fördern den Konsum nicht sauberer Energien." Großteil der Wärme durch den Schornstein. Grund sind die ineffizienten Öfen von vor 50 Jahre und das Brennholz im Handel, das weit in den meisten Haushalten verfliegt ein davon entfernt ist, irgendwelchen Umweltnormen zu entsprechen, anders als zum Beispiel bei der Kohle. Die Feinstaubemissionen durch das Heizen mit Holz sind deshalb höher als die von Verkehr und der Industrie. Bei der Luftqualität gleicht Bulgarien eher den Nicht-EU-Ländern aus der Region wie Nordmazedonien oder Bosnien-Herzegowina, die ähnliche soziale Probleme haben. Laut den Statistiken der Weltgesundheitsorganisation WHO sterben jedes Jahr 10.000 Bulgarinnen und Bulgaren an durch die Luftverschmutzung hervorgerufenen Problemen. Die Europäische Union hat deshalb mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen das Land gestartet, 2017 wurde Bulgarien auch schon einmal verurteilt. Doch unternommen wurde trotzdem praktisch nichts, sagt der Umweltschützer Iwajlo Popov von der NGO Sa semjata ("Für die Erde"): "In den Ministerien und in den Gemeinden fehlt es an Kapazitäten. Das merkt man an den politischen Entscheidungen. Wirtschaftliche Interessen spielen auch eine Rolle. Ein Beispiel ist die Regelung über die Brennholzqualität, die nichts taugt. Vermutlich haben sich Vertreter der Holzwirtschaftslobby durchgesetzt, die strikt gegen die Normierung waren." Um einer Verurteilung durch den EU-Gerichtshof und hohen Geldstrafen zu entgehen, setzt die Regierung wichtige überfällige Maßnahmen ein. Das sind emissionsfreie Zonen in den Städten etwa oder der kostenlose Umstieg auf umweltfreundliche Heizanlagen. Alte Öfen sollen abgeschafft werden, an ihre Stelle sollen Pelletsheizungen oder moderne Klimaanlageanlagen treten, mehr Verbraucher sollen sich ans bestehende Fernwärmenetz anschließen. In Sofia und fünf weiteren Großstädten ist das EU-Pilotprojekt bereits angelaufen. Voraussetzung sind allerdings reguläre Wohnverhältnisse. So können viele bedürftige Haushalte nicht am Programm teilnehmen, gerade in Romabezirken etwa, wo fast zwei Drittel der Haushalte an Energiearmut leiden und die Luft noch schlechter als in anderen Teilen der Städte ist. Denn nicht nur feuchtes Holz gelangt hier in die Öfen, auch alte Schuhe und Sperrmüll. Filteroffensive Stattdessen investiert die Gemeinde Sofia massiv in Filter für die Schornsteinen der illegalen Baracken, die die verpestete Luft nicht nach außen lassen. Auch die Kontrolle wird verstärkt. So werden 24 Meter hohe Überwachungstürme gebaut, die man nur aus militanten Zonen kennt und gewöhnlich zur Früherkennung von Grenzübertritten dienen. Wenn es nach den Regierungsplänen geht, dürfte es für das Verbrennen schädlicher Stoffe Gefängnisstrafen geben. Für den Umweltschützer Iwajlo Popov ist das eine völlig unannehmbare Maßnahme. "Ich will das Verbrennen von giftigen Materialien nicht gutheißen, aber wenn mein Kind droht zu erfrieren, würde ich auch alles Mögliche verheizen. Der Staat soll seine soziale Rolle übernehmen: Geldstrafen wären nur dann angebracht, wenn man umweltbelastende Materialien verbrennt, obwohl es eine Alternative gibt." Doch nach dem Druck aus Brüssel und der Jahren die Ansätze ändern. Durch die sogenannte energetische Demokratie soll günstige Energie selbst oder mit den Nachbarn in Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften produziert werden. Das sieht die neue Nachhaltigkeitsstrategie vor -die zumindest auf dem Papier erfolgversprechender aussieht

als die derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut. Aktivisten vor Ort könnten sich in den nächsten KOPF AN KOPF Gabriel Felbermayr Bald schon Chef des WIFO Im Kieler Institut für Weltwirtschaft löste die Nachricht "Bestürzung" aus, liest man in der FAZ. Das Institut verliert tatsächlich seinen sehr renommierten Präsidenten, den österreichischen Ökonomen Gabriel Felbermayr. Felbermayr wird Nachfolger von Christoph Badelt an der Spitze von Österreichs einflussreichstem Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO. Abbas Araktschi Chefunterhändler Irans bei den Atomgesprächen Er führt die Verhandlungen mit dem Westen über das iranische Atomprogramm schon seit 2015. In diesem Sinn hat der stv. Außenminister des Irans sicher ein gutes Gespür für die Aussichten auf eine Einigung. Die erste Runde der Gespräche in Wien bezeichnet Araktschi als "gut". Und das ist doch eine positive Nachricht unter so vielen schlechten aus Nahost. Prinz Hamza Jordanischer Königsbruder unter Verdacht Er zählt zu den unbeugsamen Kritikern des jordanischen Königshauses und der Kritikphobie von König Abdullah. Prinz Hamza ist nun offenbar in die Schusslinie geraten. Man wirft ihm einen Putschversuch vor, was der Prinz mit Entschiedenheit von sich weist. Mittlerweile wird auch klar, dass der König keine Beweise für einen Putsch vorlegen kann. Eine Scharade. Furche, 08.04.2021, S. 8 3 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Ried, 08. Apr. 2021

Aufklärungsarbeiten zu Ungereimtheiten laufen, möglicher Schaden noch nicht absehbar Wurden der Regulierungsbehörde E-Control jahrelang teils haarsträubend falsche Daten und Zahlen übermittelt, um so auf unlautere Weise für die Energie Ried bessere Finanzergebnisse darzustellen? Unter anderem dürfte das 110 Kilometer lange Erdgasnetz für die E-Control auf dem Papier auf 148 Kilometer verlängert worden sein, um so via Abgaben-Verteilungssystem zu profitieren. Im Visier ist, wie berichtet, die Langzeit-Geschäftsführung der Energie Ried, die sich per Jahresende in die Pension verabschiedet hat. Für das Duo gilt die Unschuldsvermutung. Erste, sehr grobe Schadens-Schätzungen bewegen sich in der Höhe von mehr als einer Million Euro. Entscheidend dabei ist freilich auch die Frage, auf welchen Zeitraum sich die offenbar unrichtigen Angaben erstrecken. Die E-Control arbeite mit der neuen Geschäftsführung der Energie Ried eng zusammen, so E-Control-Vorstand Wolfgang Urbantschitsch. "Derzeit werden Fakten und Zeiträume erhoben. Wir erheben viele Daten von den Energieunternehmen. Aber nicht alle Daten sind auch kostenwirksam. Das muss man sich genau ansehen. Die Höhe eines etwaigen Schadens zu beziffern, ist derzeit noch nicht möglich." 30 Millionen Euro an Rücklagen Das Unternehmen selbst, das sich im Besitz der Stadtgemeinde Ried befindet, steht finanziell auf sehr soliden Beinen: Rund 30 Millionen Euro an Rücklagen sind in Wertpapierfonds geparkt. An die Ex-Geschäftsführer geleistete Prämienzahlungen wurden naturgemäß auch mit dem wirtschaftlichen Erfolg argumentiert. Der vermeintliche Unternehmenserfolg dürfte indirekt auch die Höhe der Gehälter und Prämien und somit der Abfertigungen beeinflusst haben. Laut OÖN-Informationen erhielten die Geschäftsführer vor ihrem Abgang noch eine Prämie in der Höhe von rund 23.000 Euro für die sechs Monate lange Einschulung der beiden Nachfolger. Diese haben jetzt aber ganz offensichtlich vor allem mit der Aufarbeitung der Missstände und der Rekonstruktion der - laut Vorwürfen - mehr als hunderttausend widerrechtlich gelöschten Dateien zu tun. 250.000 Euro Jahresgehalt OÖN-Recherchen haben ergeben, dass jeder der beiden Ex-Geschäftsführer zuletzt rund 250.000 Euro Jahresgehalt bezogen haben soll. Zusätzlich sollen für die beiden Geschäftsführer über die Jahre hinweg insgesamt 1,6 Millionen Euro an Betriebspensionsbeiträgen einbezahlt worden sein. Ob und um wie viel geringer Prämien, Gehälter und Betriebspension bei niedrigeren Unternehmensgewinnen ohne die mutmaßlich frisierten Zahlen ausgefallen wären, darüber lässt sich nur spekulieren. "Wir erheben viele Daten von den Energiefirmen. Aber nicht alle Daten sind kostenwirksam. Ein möglicher Schaden lässt sich noch nicht beziffern." Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand, E-Control Ortig: "Der Imageschaden für die Energie Ried ist enorm" Rieds Bürgermeister Albert Ortig (VP): "Verwahre mich gegen eine Vorverurteilung der ehemaligen Geschäftsführung" Ried. Im OÖN-Interview bezieht Rieds Bürgermeister Albert Ortig erstmals Stellung zur Situation bei der Energie Ried, die im Besitz der Stadtgemeinde ist. Wie sehen Sie die aktuellen

Entwicklungen? Albert Ortig: Nach meinem Informationsstand sind offenbar von der E-Control zu hohe Ausgleichszahlungen an die Energie Ried geflossen. Sollte sich das bestätigen, ist davon auszugehen, dass die Zahlungen zu korrigieren und die zu Unrecht erhaltenen Beträge an die E-Control zu refundieren sind. Bis zur Klärung dieser Fragen verwehre ich mich gegen eine Vorverurteilung der ehemaligen Geschäftsführung. Diese hat die Energie Ried über 25 Jahre zu einem Vorzeigeunternehmen entwickelt und zahlreiche Zukunftsmaßnahmen verwirklicht. Dazu zählen unter anderem die Absicherung der Trinkwasserqualität für Ried und Umsetzung von Österreichs größtem Geothermieprojekt. Wieso haben Sie als Bürgermeister und der Aufsichtsrat offensichtlich nichts von den möglichen Missständen mitbekommen? Generalversammlung und Aufsichtsrat haben ihre Aufgaben gemäß dem GmbH-Gesetz in vollem Umfang erfüllt. Die Bilanzzahlen, in denen sich die Unternehmenstätigkeit widerspiegelt, wurden von unabhängigen Wirtschaftsprüfern beurteilt und abschließend mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Daher waren die präsentierten Jahresabschlüsse zu bestätigen. Es ist weder der Generalversammlung - in diesem Fall dem Bürgermeister - noch dem Aufsichtsrat möglich, die Abmessungen einzelner Leitungen zu prüfen oder nachzumessen. Haben die Entwicklungen etwas mit Ihrem Nichtantreten bei der Bürgermeisterwahl zu tun? Nein, da gibt es nicht den geringsten Zusammenhang. Ich bin von den Informationen ebenso überrascht worden wie alle anderen Rieder. Auch die Neubesetzung des Aufsichtsrates hat damit nichts zu tun, sondern ist turnusgemäß erfolgt und wird erst nach Beschluss der Bilanz 2020 rechtskräftig. Welcher Schaden könnte für die Stadtgemeinde Ried im schlimmsten Fall entstehen? Es ist kein Schaden für die Kunden der Energie Ried entstanden. Der Imageschaden für das Unternehmen ist enorm. Beunruhigend ist, dass das städtische Vorzeigeunternehmen nun in dieser Form im Fokus der Aufmerksamkeit steht. Mensch des Tages: »Seite 4 Oberösterreichische Nachrichten, 08.04.2021, S. 23 4 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

08. Apr. 2021

Umfrage Zwei Monate vor der Abstimmung über das CO₂-Gesetz ist die Sympathie für die Energiewende gross. Sauberer Strom sei bei der Schweizer Bevölkerung gefragt wie noch nie, vermeldet die Schweizerische Energie-Stiftung (SES). Sie wurde 1976 gegründet und engagiert sich seither laut eigenen Angaben für eine intelligente, umwelt- und menschengerechte Energiepolitik. Die Stiftung positioniert sich klar gegen die Atomkraft. 96 Prozent würden laut der gestern publizierten Umfrage der Stiftung das Ziel befürworten, den Strombedarf künftig mit erneuerbaren Energien zu decken. Die Befragung ist repräsentativ und wurde im Auftrag der Stiftung im November 2020 bei über 1000 Personen durch das GFS Zürich durchgeführt. 95 Franken mehr pro Jahr Aber sind Schweizerinnen und Schweizer auch bereit, für eine weitere Stärkung der erneuerbaren Energie tiefer ins Portemonnaie zu greifen? Felix Nipkow, Leiter Fachbereich erneuerbare Energien bei der SES, verweist darauf, dass laut der Umfrage eine klare Mehrheit der Ansicht ist, dass nachhaltige Energieversorgung auch etwas kosten darf. Heute bezahlt ein durchschnittlicher 4-Personen-Haushalt über den Netzzuschlag 40 Franken jährlich für den Ausbau erneuerbarer Energien. 78 Prozent der Befragten können sich laut Umfrage vorstellen, mehr zu zahlen, um den Ausbau einheimischer erneuerbarer Energie voranzubringen. «Insgesamt sind die Befragten im Durchschnitt bereit, jährlich 95 Franken mehr zu bezahlen», so Nipkow. Die grosse Mehrheit ist zudem der Ansicht, dass die Energiewende rasch umgesetzt werden soll. Bis 2038 soll die Stromversorgung erneuerbar sein. Der Zeithorizont für die Umsetzung von «einheimisch erneuerbar» liegt bei lediglich 15 Jahren. Zudem zeigt die Umfrage, dass über 90 Prozent der Meinung sind, dass erneuerbare Energien im Inland produziert werden sollen. Ob die positive Grundstimmung gegenüber der angestrebten Energiewende auch dem zweiten grossen Praxistest standhält, zeigt sich am 13. Juni an der Urne. Dann stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Revision des CO₂-Gesetzes ab. Die erste Hürde schaffte die Energiewende im Mai 2017: Damals sagte das Schweizer Volk mit 58 Prozent Ja zur Energiestrategie 2050. Vor dem Hintergrund des langfristigen Atomausstiegs wurde damit die Grundlage für die langfristige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie geschaffen, unter anderem mit Massnahmen zur Energieeffizienzerhöhung, zur Senkung von CO₂-Emissionen

und zur Förderung erneuerbarer Energien. «Völlig wirkungslos» Mit dem revidierten Gesetz soll jetzt der inländische CO₂-Ausstoss bis 2030 um 37,5 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Das Gesetz stellt die Instrumente dazu bereit – etwa die Förderung der Elektromobilität und des Einsatzes von klimafreundlichen Heizungen oder die Verteuerung des Fliegens. Und das kostet etwas: Unter dem Strich laut Berechnungen des Bundes rund 100 Franken pro Jahr für eine vierköpfige Familie. Die Gegner rechnen indes mit mindestens 1000 Franken. Die Umfrage zeige, so Nipkow von der SES, dass die Sensibilität in der Bevölkerung für eine neue Energiepolitik gross sei. Er betrachtet die Resultate als gutes Vorzeichen für den Urnengang. Anders sieht das SVP-Nationalrat Christian Imark, Leiter des Referendumskomitees gegen das CO₂-Gesetz: «Ich bin auch für mehr erneuerbare Energien, aber beim CO₂-Gesetz geht es um eine reine Umverteilungsaktion, die viel zu teuer und völlig wirkungslos ist.» von Gregor Poletti Strom soll aus diesen Quellen kommen Berner Zeitung, 08.04.2021, S. 12 5 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Hannover, 08. Apr. 2021

Deutschland untersucht für ein europäisches Forschungsprojekt den Abbau metallhaltiger Knollen in der Tiefsee zwischen Hawaii und Mexiko. Die Manganknollen enthalten Rohstoffe wie Nickel, Kupfer und Kobalt, die für erneuerbare Energietechnologien und für Elektrogeräte wichtig sind. Greenpeace warnte davor, den Meeresboden auszubeuten und das Artensterben dort zu beschleunigen. Salzburger Nachrichten, 08.04.2021, S. 19 6 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Bregenz, 08. Apr. 2021

Mit der Gründung der „E-VO eMobility GmbH“ bündeln sieben Energieversorger ihre Kräfte. Durch die Weiterentwicklung der für den Betrieb von Ladeinfrastruktur erforderlichen IT-Systeme, soll das Ladenetz effizienter und sicherer werden. Neben Energie Graz, Energie Steiermark, EVN, Innsbrucker Kommunalbetriebe AG, Kelag und Linz AG sind auch die Illwerke vkw an Bord. Vorstandsmitglied Helmut Mennel ist besonders stolz, dass in der neuen Gesellschaft das Backend-System und das Kundenportal von vkw vlotte verwendet werden. Vorarlberger Nachrichten, 08.04.2021, S. D3 7 0 161783280004 401617861600 Weiter zum Artikel

Washington, 08. Apr. 2021

US-Präsident Joe Biden will Steuererleichterungen für die Energieproduktion aus fossilen Brennstoffen durch eine Förderung von erneuerbaren Energien ersetzen. Dies geht aus Einzelheiten seines Reformplans hervor, die das Finanzministerium am Mittwoch vor einer Rede des Präsidenten veröffentlichte. Schätzungen des Ministeriums zufolge würde das Ende der fossilen Förderung die Steuereinnahmen des Bundes im kommenden Jahrzehnt um mehr als 35 Milliarden Dollar erhöhen. Die Steuerpläne gehören zu einem Infrastrukturpaket mit einem Volumen von 2,2 Billionen Dollar. Biden will dabei auch die Unternehmenssteuern auf 28 Prozent von 21 Prozent erhöhen. Die Republikaner, zahlreiche US-Konzerne und einige von Bidens Demokraten lehnen die Pläne ab. APA/ag 8 0 161783280004 401617861600 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Im sehr milden Februar ist der Stromverbrauch in Österreich gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent gesunken, auch die Stromim- und -exporte verringerten sich. Das Gasverbrauch legte dagegen um fast ein Zehntel zu. Dafür wurde laut Regulator E-Control vor allem auf die Gasspeicher zurückgegriffen, denn die Gaseinfuhren und die inländische Gasproduktion waren rückläufig. Der Inlandsstromverbrauch in der Gesamten Elektrizitätsversorgung Österreichs sank im Februar im Jahresabstand um 4,7 Prozent oder um 0,3 Terawattstunden auf 5,8 TWh. Erzeugungsseitig kamen Laufkraftwerke um 3,7 Prozent oder um 0,1 TWh weniger zum Einsatz, Speicherkraftwerke dagegen mit 0,9 TWh um 16,2 Prozent oder 0,1 TWh mehr. Im Februar haben die milden Temperaturen den Lockdown als Verbrauchsdämpfer abgelöst, erklärte die Austrian Power Grid (APG) dazu. Ende des Monats sei der wöchentliche Stromverbrauch um ein Zehntel unter dem Schnitt der Jahre 2017 bis 2019 gelegen, so der Übertragungsnetzbetreiber. Vor allem

die zweite Monatshälfte war laut Meteorologen ausgesprochen mild. Die Stromproduktion aus Wasserkraft legte im Februar laut E-Control nach einem Rückgang im Jänner wieder leicht zu (+0,1 TWh bzw. +2 Prozent). Die Windkraftwerke erzeugten nach einem Plus im Jänner um 0,6 TWh bzw. um 57,4 Prozent weniger. Der Wärmekrafteinsatz (vor allem Gaskraftwerke) wuchs nach einem Rückgang zu Jahresbeginn um 10,7 Prozent oder 0,6 TWh auf 5,4 TWh. Schwächer war der Stromaußenhandel, wobei die Ausfuhren stärker abnahmen als die Einfuhren, geht aus Daten der Regulierungsbehörde E-Control hervor. Die Stromexporte verminderten sich um 35 Prozent oder um 0,7 TWh, die Stromimporte gingen um 19,7 Prozent oder um 0,5 TWh auf 2,1 TWh zurück. Die Nettoimporte lagen im Februar bei 0,8 TWh. Am dritten Mittwoch im Februar wurde in der Gesamten Elektrizitätsversorgung eine Spitzenlast von 10,26 Gigawatt (GW) registriert. Im Öffentlichen Netz allein lag der Spitzenverbrauch auf Stundenbasis bei 9,4 GW (Endverbrauch plus Netzverluste, aber ohne Pumpspeicherung). Endverbraucher fragten am 11. Februar um 10.45 bis 11 Uhr (auf 15-Min-Basis) eine maximale Abgabe von 9,92 GW nach, das waren um 341 MW weniger als der Maximalwert am dritten Mittwoch. Bei Gas kletterte die Abgabe an Endkunden im Februar gegenüber dem Vorjahr recht stark um 9,7 Prozent oder um 0,9 TWh auf 10,7 TWh. Die Inlandsproduktion sank um 12,8 Prozent oder um 0,1 TWh und setzte damit den Abwärtstrend der vergangenen Monate fort. Die Gasspeicher-Entnahme stieg um 192,5 Prozent oder um 10,8 TWh, was fast einer Verdreifachung entspricht. Die Einspeicherung sank um 27,6 Prozent oder um 0,4 TWh. Die Gasimporte waren mit -30,2 Prozent rückläufig, nach einem Plus im Jänner; die Exporte stiegen dagegen leicht an (+2,6 Prozent bzw. +0,7 TWh). Der Speicherinhalt sank erneut sehr stark im Jahresabstand und wies einen Füllungsgrad von nur 37,5 Prozent auf - um 16,2 Prozentpunkte weniger als im Vormonat Jänner und sogar 42,7 Prozentpunkte unter Vorjahr. Die Gasmenge im Februar entsprach einem Speicherinhalt von 35,9 TWh. Geringe Einspeicherungen und deutlich höhere Speicherentnahmen führten zu 11,2 TWh mehr verfügbarem Gas, was vor allem durch geringere Nettoimporte (-10,2 TWh) kompensiert wurde. APA 9 0 161783280004 401617867120 Weiter zum Artikel

Washington, 08. Apr. 2021

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) planen einem Insider zufolge eine Plattform, um armen Ländern bei der Finanzierung von Klima-Investitionen zu helfen. "Im Gegensatz zu anderen Initiativen, die sich jeweils auf ein Projekt konzentrieren, wird sich diese auf die systematische Veränderung ganzer Volkswirtschaften konzentrieren", sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Person der Nachrichtenagentur Reuters am Mittwoch. Die Plattform verfolge einen gesamtheitlichen Ansatz für "die Dreifach-Krise von Schulden, Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt". UNO-Beamte, Nichtregierungsorganisationen, private Investoren sowie Rating-Agenturen sollen mit ihrem Fachwissen den hoch verschuldeten Ländern bei der Finanzierung von sauberer Energie, infrastrukturellen Veränderungen infolge des Klimawandels und dem Tier- und Artenschutz helfen, heißt es in einem Entwurf, der Reuters vorliegt. APA/ag 10 0 161783280004 401617878520 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Der Bund stockt die "Sanierungsoffensive" für den Heizkesseltausch und die thermische Sanierung auf. 100 Mio. Euro Unterstützung gezielt für den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen in den einkommensschwächsten Haushalte des Landes kommen neu dazu, kündigte Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag an. Das Geld ist für die Jahre 2021 und 2022 vorgesehen. Die Sanierungsoffensive der Bundesregierung sieht heuer und kommendes Jahr zusammen 650 Mio. Euro an Förderungen vor. Dabei werden mit dem "Raus aus Öl und Gas"-Bonus der Heizkesseltausch mit bis zu 5.000 Euro und mit dem "Sanierungsscheck" thermische Gebäudesanierungen mit bis zu 6.000 Euro unterstützt. In Österreich heizen noch etwa 600.000 Haushalte mit Erdöl und etwa 1 Million Haushalte mit Erdgas. Diese Heizsysteme sollen in den kommenden Jahren auf klimafreundliche Alternativen umgestellt werden. Diese 650 Mio. Euro werden nun auf 750 Mio. Euro aufgestockt, wobei das zusätzliche Geld für die einkommensschwächsten 20 Prozent der Haushalte reserviert sind. Darunter fallen etwa Einpersonenhaushalte mit maximal 1.450 Euro netto monatlichem

Einkommen. Vorhandenes Vermögen wird nicht berücksichtigt. Rund 300.000 Haushalte in diesem "unteren Einkommensquintil" heizen noch mit fossilen Energieträgern. Sie sollen für den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen bis zu 100 Prozent ihrer Investitionskosten erstattet bekommen. "Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen", so Gewessler in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Caritas-Präsident Landau. Sie wolle sicherstellen, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen klimafreundlich und kostengünstiger heizen können. Es sei "ein absolutes Novum", dass das Klimaschutzministerium im Energiebereich "eine ganz starke soziale Komponente in der Förderlandschaft auch mitdenkt". Nach anderthalb Jahren Coronapandemie sei die Klimakrise "ein Stück weit in den Hintergrund geraten", ergänzte Landau. Sie bleibe aber Realität und müsse gemeistert werden, ohne die ärmsten Menschen zurückzulassen. Die 100 Mio. Euro für den Kesseltausch sei ein Schritt in die richtige Richtung und "ein substanzieller Beitrag" für die ärmeren Menschen im Land. "Ich bin dafür der Ministerin und der Bundesregierung sehr dankbar", denn Energieeffizienz könne auch Energiearmut wirksam verringern. "Es ist sozial und ökologisch sinnvoll." Wichtig sei ein "gedanklicher Wechsel, dass so wesentlich der ökologische Wechsel sein wird, die soziale Frage mitgedacht werden muss". Gesichert und mit dem Koalitionspartner vereinbart sind nicht nur die zusätzlichen 100 Mio. Euro in den Jahren 2021/22 sondern auch weitere 100 Mio. Euro im Finanzrahmen für 2023/24, für den Heizkesseltausch bei finanzschwachen Haushalten, sagte Gewessler. Wobei die soziale Förderung des Bundes zusätzlich zu den bestehenden Förderungen in den Bundesländern erfolgt. Die Bundesländer organisieren die Förderabwicklung und entscheiden über die Detailausgestaltung des Fördermodells. Gewessler unterstrich die enge Zusammenarbeit mit den Bundesländern, die in diesem Bereich die Expertise hätten und auch Beratung für alle vom Umstieg Betroffenen anbieten. APA 11 0 161783280004 401617879960 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher in Wien erhalten in diesen Tagen Post vom Rathaus - mit der Bitte, Geld auszugeben. Denn im Wiener Gemeinderat wird die rot-pinke Stadtregierung Ende April ein Förderpaket für regionale Klimamaßnahmen beschließen. Jährlich stehen mit dem Programm namens "Lebenswerte Klimamusterstadt" nun 20 Mio. Euro für Projekte in den Bezirken zur Verfügung. In dem Schreiben verweisen Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) und Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr (NEOS) auf die entsprechenden Absichtserklärungen im Regierungsprogramm - und auf das Ziel, dass Wien bis 2040 CO2-neutral wird. Um dieses zu erreichen, seien etwa Maßnahmen im Bereich Verkehr sowie Begrünungs- und Kühlungsmaßnahmen nötig. Die Mittel dafür würden mit dem Beschluss nun aufgestockt, wird versichert. Es stünde doppelt so viel Budget zur Verfügung wie bisher. Anberaumt ist das Förderprogramm zunächst für die kommenden fünf Jahre. Entsprechende Projekte können mit bis zu 80 Prozent unterstützt werden. Gefördert werden vor allem Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum, dessen Aufenthaltsqualität damit gesteigert werden solle, wie Rot-Pink betont. Dazu gehören die Entsiegelung von Asphaltflächen und die Schaffung von Grünraum und Wasserläufen bzw. die Errichtung von Sprühnebel Duschen. APA 12 0 161783280004 401617882540 Weiter zum Artikel

Moskau, 08. Apr. 2021

Ungeachtet drohender US-Sanktionen wollen die am Bau der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligten Staaten nach russischen Angaben nicht von dem Projekt abrücken. Ziel der Partner sei es, die Röhre fertigzustellen, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Donnerstag. Das Projekt sei sehr wichtig für die Energiesicherheit Europas. Die rund 1.200 Kilometer lange Pipeline soll von Russland nach Deutschland reichen. Sie ist zu 95 Prozent gebaut. Die USA, die eigenes Gas in Europa verkaufen wollen, lehnen das Projekt ab mit der Begründung, Europa werde dadurch noch abhängiger von russischem Erdgas. US-Außenminister Anthony Blinken hatte im März mögliche Sanktionen ins Gespräch gebracht. Das Projekt gefährde die Position der Ukraine und sei gegen Europas Energieinteressen, sagte der amerikanische Chefdiplomat. Die Mehrheit an dem Pipeline-Projekt hält der russische Energiekonzern Gazprom. Finanzpartner

sind Wintershall Dea und Uniper aus Deutschland sowie die österreichische OMV, Royal Dutch Shell und Engie. APA/Reuters 13 0 161783280004 401617887520 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Für das Erreichen der Klima- und Ökoenergieziele müssen Bund und Länder künftig verstärkt an einem Strang ziehen, so das Fazit von Vertretern der Erneuerbaren Branche und Energieagentur. Wichtig sei dabei auch die Kooperation der Länder untereinander, die Anstrengungen bei Zielen und Maßnahmen müssten rasch erhöht werden, hieß es am Donnerstag bei der Online-Präsentation einer Studie. Derzeit klaffen die Ziele zu Erneuerbarer Energie und Treibhausgasen noch stark auseinander. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, dass bis 2030 der Stromverbrauch bilanziell übers Jahr gesehen zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird. Dafür müssten 27 Terawattstunden (TWh) zugebaut werden. Die Ziele der Bundesländer ergeben derzeit nur 10,7 TWh. 16,3 TWh bzw. 60 Prozent des erforderlichen Ausbaus seien damit noch in abgeklärt, geht aus der Energieagentur-Studie im Auftrag des Branchenverbands Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) hervor. Bei der Wasserkraft fehlen bei den Länderzielen rund 2 TWh auf das nationale Ziel eines Ausbaus um 5 TWh, bei Windstrom sind es rund 5 TWh bei 10 TWh Ausbaubedarf. Die größte Differenz gebe es bei der Photovoltaik, so Studienautor Günter Pauritsch: Das nationale Ausbauziel von 11 TWh wird von den Länderzielen in Summe um 8 TWh verfehlt. Die Potenziale für den Erneuerbaren-Ausbau in einem solchen Ausmaß sind laut Studie vorhanden. Bei der Wasserkraft sind es 15 TWh, allerdings inklusive von Restpotenzialen an der Donau in Niederösterreich. Die meisten Potenziale für die Wasserkraft werden in Tirol und Salzburg gesehen, während in Wien und im Burgenland kein Ausbau als möglich erachtet wird. Das realisierbare Potenzial bei der Windkraft bis 2030 liegt bei 15 TWh, am höchsten ist es in Niederösterreich, im Burgenland und in der Steiermark. Bei der Sonnenenergie könne das Potenzial auf Gebäuden durch geeignete Rahmenbedingungen erhöht werden, als realisierbar werden derzeit 4 TWh gesehen. Der Rest des Zubaus müsste wohl auf Freiflächen entfallen. Die besten Möglichkeiten für einen PV-Ausbau gibt es laut Studie in Niederösterreich (2,7 TWh), der Steiermark (1,9 TWh) und Oberösterreich (1,9 TWh). Insgesamt seien die Ausbauziele in enger Zusammenarbeit erreichbar, so Pauritsch. Die Potenziale seien vorhanden, es gelte, sie möglichst rasch und effizient zu nutzen. Nötig seien ein klares Commitment der Länder zu den Bundeszielen, Verschränkungen unter den einzelnen Bundesländern sowie eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern, so EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtel-Grundig. Mit dem Klimaschutzgesetz bzw. 15a-Vereinbarungen könnte die Kooperation bekräftigt werden, so IG-Windkraft-Geschäftsführer Stefan Moidl. Um den Ausbau voranzutreiben, seien unter anderem bessere Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau und raschere Genehmigungsverfahren nötig, betonten die Branchenvertreter am Donnerstag in einer Online-Presskonferenz. Die Ziele von Bund und Ländern weichen auch bei der Reduktion von Treibhausgasen voneinander ab. Österreich hat sich gegenüber der EU verpflichtet, die nicht dem Emissionshandel zugeschriebenen Emissionen bis 2030 um 36 Prozent zu reduzieren. Sie wurden von 2005 bis 2017 nur um 9 Prozent gesenkt. Die Summe der Länderziele liege bei rund 30 Prozent. APA 14 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

Wien, 07. Apr. 2021

Zeitnahe Lösungen für eine erfolgreiche Implementierung und Nutzung Für eine erfolgreiche Energiewende muss der Übergang in eine klimaschonende Versorgung mit primären und sekundären Energieträgern sicher und nachhaltig gewährleistet werden. Zentrales Element beim Energiemix der Zukunft wird Biomethan einnehmen, da die Möglichkeit besteht etablierte Verbrennungssysteme und bestehender Infrastruktur wie beispielsweise dem Erdgasnetz oder Erdgasspeicher zu nutzen sowie Wasserstoff beizumischen. Zudem kann Biomethan aus organischen Stoffen durch mikrobiologische Abbauprozesse sowie auch durch mikrobiologische oder katalytische Prozesse direkt aus CO₂ und H₂ erzeugt werden. Der IEA Bioenergy (International Energy Agency Bioenergy) Workshop „Biomethan“, organisiert durch die österreichischen Vertreter im Task 37 der IEA Bioenergy und die Universität für Bodenkultur Wien, IFA Tulln, wird die unterschiedlichen Aspekte von Biomethan bezüglich Zertifizierung, Legislative,

Anwendungsbeispiele, Finanzierung und auch Forschung und neue Entwicklungen im Bereich der Methanisierung beleuchten. Der englischsprachige Workshop findet am 15.04.2021 (09:00-16:00 Uhr) statt. Neben nationalen Beiträgen werden Umsetzungslösungen und Anwendungsbeispiele aus anderen Ländern wie Deutschland, Schweiz, Großbritannien, Schweden und den USA präsentiert: Task 37 der IEA Bioenergy beschäftigt sich mit dem Thema „Energie aus Biogas“. Neben der Biogasgewinnung ist auch die Einbindung von Biogas und Biomethan in lokale und regionale Stoff- und Energieströme ein zunehmend wichtiges Thema im Task. Der Workshop findet im Rahmen des internationalen Task-Meetings statt, welches in seiner nun dritten reinen Onlinevariante und dieses Mal durch die österreichischen Vertreter im Task 37 der Internationalen Energie Agentur Bioenergie (IEA Bioenergy) und die Universität für Bodenkultur Wien, IFA Tulln organisiert wird. Der Workshop ist gratis und Sie können sich formlos unter der folgenden Emailadresse register.biomethane@boku.ac.at registrieren. Bei Fragen können Sie sich unter biomethane@boku.ac.at an den Organisator Dr. Günther Bochmann wenden. Dr. Günther Bochmann Universität für Bodenkultur Wien Department IFA Tulln Institut für Umweltbiotechnologie Link zum Workshop Programm https://nachhaltigwirtschaften.at/de/iea/veranstaltungen/2021/202104_15-workshop-biomethane.php 15 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Gerhard Höltmann, Leiter der Business Area Industry & Energy Österreich bei TÜV Austria, über gestiegene Blackout-Gefahr und die Awareness in der heimischen Industrie. FACTORY: Herr Höltmann, welche Lehren muss man aus dem Frequenzabfall im Jänner ziehen? Gerhard Höltmann: Die Ereignisse zu Jahresbeginn zeigen, dass Europas Stromversorgung zwar zu den verlässlichsten der Welt zählt, aber dennoch seit Jahren die Wahrscheinlichkeit für ein Ereignis, wie wir es im Jänner hatten, steigt. Netzininstabilitäten gibt es im übrigen Hunderte Male im Jahr. Durch raschestes Eingreifen der Übertragungsnetzbetreiber bleiben sie nur von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Und wie hoch ist in Ihren Augen die Gefahr, dass derartiges wieder passiert? Höltmann: Österreichs Stromnetz ist Mitglied des europäischen Netzverbands. Eine Großstörung in einem europäischen Land kann sich innerhalb von wenigen Sekunden über weite Teile Europas ausbreiten. Vorwarnzeichen gibt es dafür keine. Wir haben in weiten Teilen Europas ein überaltertes Stromnetz, das an seinen Leistungsgrenzen arbeitet. Die Blackout-Gefahr ist wegen Umwelteinflüssen und dem rasanten Ausbau des europäischen Energiesystems in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Erneuerbare Energie aus Photovoltaikanlagen oder Windrädern führt zu noch nie dagewesener Schwankungsbreite in der Einspeisung. Die Wahrscheinlichkeit von Blackouts in Europa nimmt auch zu, weil verstärkt moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zur Steuerung der komplexen Stromnetze zum Einsatz kommen. Dadurch können Störungen auftreten, die die regionale und überregionale Stromversorgung gefährden. Die Digitalisierung macht das Netz zudem anfälliger für Cyberangriffe. Wie gut sind Ihrer Erfahrung nach die Industriebetriebe auf einen Frequenzabfall vorbereitet? Höltmann: Die Mehrheit der Industriebetriebe ist sich der Gefahr durch einen Blackout durchaus bewusst. Dieses Bewusstsein korreliert aber nicht mit einer entsprechenden Vorsorge in den Betrieben. Den gut abgesicherten Unternehmen steht hier eine durchaus hohe Zahl an Betrieben gegenüber, in denen die Blackout-Vorsorge ausbaufähig ist. Was raten Sie vor allem kleinen und mittleren Unternehmen? Wie können und wie weit sollen die sich schützen? Höltmann: Als TÜV Austria wollen wir auch in diesem Bereich informieren und servicieren -Eigentümer, Geschäftsführer und für die infrastrukturelle Sicherheit verantwortliche Mitarbeiter für diese potenzielle Gefahr sensibilisieren. Dazu erarbeiten wir individuell auf jedes Unternehmen zugeschnittene Maßnahmenpläne und Checklisten, wie sich ein Unternehmen für den Ernstfall rüsten kann und was es dazu braucht. Vom Notfallplan und Notbetrieb, Fragen der Energieversorgung bis zur Kommunikation und betriebsinternen Rettungsaktionen. Nur dadurch können Schäden minimiert oder verhindert werden. Interview: Bernhard Fagner Factory, 07.04.2021, S. 24 16 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Bis zum Jahr 2050 will Shell Schmierstoffe CO₂-neutral werden. "Um der wachsenden Nachfrage nach klimafreundlicheren Produktalternativen gerecht zu werden, hat Shell nun mehrere Initiativen gestartet, die darauf abzielen, die Emissionen ihrer Schmierstoffe zu reduzieren oder auszugleichen", sagt Friedrich Hartmann von Haberkorn, dem exklusiven Vertriebspartner für Shell Schmierstoffe in Österreich. "Etwa durch den Bau von Solaranlagen, die teilweise Verwendung von recyceltem Harz im Flaschenportfolio oder den Ankauf von extern verifizierten Emissionszertifikaten." Mit dem "Carbon Neutral"-Programm wird Shell in Europa ab heuer CO₂-Emissionen von mehr als 60 Millionen Litern Schmierstoffen pro Jahr ausgleichen. Dabei werden jährlich 280.000 Tonnen CO₂-Emissionen über den gesamten Produktzyklus hinweg kompensiert. Factory, 07.04.2021, S. 10 17 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Wie gut ist Österreichs Industrie auf einen Blackout vorbereitet? Peter Loidolt, Vertriebsleiter von Sapotec, über die Gefahr weiterer Störfälle, die Awareness bei den KMU und den Druck seitens der Politik. FACTORY: Herr Loidolt, was haben wir im Jänner erlebt? War das ein Blackout, wie meist zu lesen war? Peter Loidolt: Es war ein Frequenzeinbruch, eine gravierende Störung im europäischen Stromnetz. Hätten die Energieversorger nicht gegengesteuert, hätte es aber zu einem Blackout kommen können. Es war also kein Super-GAU, aber es war knapp davor. Die EVU haben also professionell reagiert? Loidolt: Ja, die haben das Thema auch schon seit langer Zeit auf dem Schirm. Und vor allem ist die internationale Vernetzung sehr engmaschig. Wenn in Norwegen ein Knopf in der Leitung entsteht, bekommen das auch die Kollegen in Sizilien sehr schnell mit. Wird die Gefahr durch die Erneuerbaren tatsächlich größer? Loidolt: Vor allem durch den Ausbau der Windkraft kommt es immer wieder zu massiven Lastschwankungen, die man ausgleichen muss. Ich höre von den Kollegen der Austrian Power Grid, dass es früher zu zwei bis drei Eingriffen pro Monat kam -heute gilt das fast täglich. Hier müssen also relativ häufig Regelmaßnahmen ergriffen werden, um einen Frequenzeinbruch zu vermeiden. Die Netze müssen sich in einem relativ engen Frequenzband rund um 50 Hertz bewegen. Werden die Grenzen überschritten, muss man gegensteuern, und dann kann es dazu kommen, dass durch Lastwechselreaktionen gewisse Netzteile abgeschaltet werden müssen. Und das kann einen Domino-Effekt auslösen. Wie groß ist denn die Gefahr, dass es wieder einmal knapp wird? Die Erneuerbaren werden ja weiter ausgebaut. Loidolt: Wir werden es häufiger erleben. Und nicht alles, was bisher geschehen ist, hat es auch in die Medien geschafft. Die Windparks, die in der Nord- und der Ostsee errichtet werden, sind ein Faktor, keine Frage. Die erzeugte Energie muss ja irgendwo hin. Daher gehen auch viele Energieversorger den Weg, Speicherinseln aufzubauen, in denen Energie gepuffert werden kann. Es gibt auch die Tendenz, Energie in großen Rechenzentren zwischenspeichern. Ich erwarte durchaus weitere Zwischenfälle, aber Stromausfälle von mehr als einem Tag kann ich mir nicht vorstellen. Mit der großen Katastrophe rechne ich definitiv nicht. Das Thema wird meist auf der Ebene eines Ausfalls des Kühlschranks verhandelt. Tatsächlich kritisch sind Infrastruktur und Industrie. Ich gehe davon aus, dass die Konzerne vorbereitet sind - die KMU auch? Loidolt: Hier ist die Bandbreite sehr groß. Die Konzerne sind im Allgemeinen hervorragend vorbereitet. Und ich schätze, dass rund ein Drittel der mittelgroßen Unternehmen im Sinne unterbrechungsfreier Stromversorgung vorgesorgt hat. Bei den anderen spüre ich aber steigendes Bewusstsein für das Thema. Es gibt hier ja mehrere Ansätze: etwa die USV, die mir über einen gewissen Zeitraum die Spannung aufrechterhält. Da sprechen wir in der Regel von 30 bis 60 Minuten. Ein Teil der Vorbereitung ist auch, dafür zu sorgen, dass man im Fall des Falles kritische Prozesse sauber herunterfahren kann. Über einen längeren Stromausfall haben sich viele allerdings noch keine Gedanken gemacht. Denn dann benötigt man ein Aggregat mit einer vernünftigen Überbrückungszeit. Und hier muss man gut überlegen, was man will: Will man den Betrieb aufrechterhalten? Kennt man überhaupt die kritischen Prozesse im Unternehmen? Es gibt ja Unternehmen - denken Sie etwa an die chemische Industrie -, die ihre Fertigungsprozesse über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten müssen. Die werden um ein Notstromaggregat mit entsprechender Treibstoffversorgung nicht herumkommen. Vor allem

letzteres haben manche interessanterweise nicht auf dem Radar. Wir haben in diesem Land zum Beispiel viele Tankstellen, aber fast keine ist mit einem Notstromaggregat ausgestattet. Das wundert mich immer wieder. Was nutzen mir die tollsten Notstromaggregate, wenn ich keinen Sprit bekomme? Hat das mediale Blackout-Szenario hier ein bisschen geholfen? Loidolt: Die Awareness ist gestiegen, und wir erleben einen gewissen Sog vom Markt, ja. Manche gehen allerdings ein bisschen blauäugig an das Thema heran, mit wenig Hintergrundwissen. Wie kostspielig ist es eigentlich, ein KMU diesbezüglich gut auszustatten? Loidolt: Das ist natürlich individuell unterschiedlich. Kann man das Aggregat etwa im Freien aufstellen, ist es eine recht einfache Übung. Komplizierter wird es, wenn man es in einem einem Gebäude oder im geschlossenen Verband unterbringen muss. In Wien zum Beispiel besteht eher selten die Möglichkeit, Aggregate im Außenbereich aufzustellen. Da muss man in das Gebäude hinein oder auf das oder auf dem Dach und das erhöht die Kosten. zu installieren. Teuer ist dann nicht das Aggregat, teuer kann die erforderliche Infrastruktur, wie Lüftungs- und Abgasanlage, sowie der Tank werden. Nicht zu vergessen auch die entsprechenden Adaptierungen am elektrischen System im Gebäude. Unsere Aufgabe ist es dann, mit dem Kunden die für ihn passende und wirtschaftlich optimale Lösung zu finden. Hat die Politik das Thema ausreichend auf dem Radar? Loidolt: Seitens der Politik wurde die Problematik erkannt. Einige Bundesländer sind hier aktiver, andere weniger. In Kärnten wurde ein Begutachtungsentwurf für Kärntner Bauvorschriften vorgelegt, wonach bei Neubauten die Notstromeinspeisung gleich mitgeplant werden soll. In der Steiermark gibt es ähnliche Tendenzen, hier geht es in Richtung der Feuerwehren. Auch die Kommunen werden immer häufiger aufgefordert, in ihrem Wirkbereich "Leuchttürme" zu errichten. Etwa, indem man die Feuerwehr-Rüsthäuser mit fixen Aggregaten ausstattet, von denen die Bevölkerung im Störfall profitieren kann. Auch in Niederösterreich gab es am 25.02.2021 vor kurzem einen ähnlichen Landtagsbeschluss, wo die Ausarbeitung von Blackout-Notfallplänen für Gemeinden und Sicherstellung der Energieversorgung für lebensnotwendige Infrastruktur auf Schiene gebracht wurde. Hier sehe ich schon einiges in Bewegung, das Bewusstsein steigt durchaus. Interview: Bernhard Fragner Factory, 07.04.2021, S. 22-23 18 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Warum mit dem EAG im Gleichschritt der rasche Ausbau der Stromnetze erfolgen muss, erklärt IV-Präsident und Maschinenbauunternehmer Georg Knill im Interview. 1 INDUSTRIEMAGAZIN: Wie hat eine vernünftige Klimapolitik aus gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Sicht auszusehen? Georg Knill: Vernünftige Klimapolitik muss so gestaltet werden, dass dem Klima geholfen wird, aber Produktion im Land weiter möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Das sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und damit den sozialen Frieden -all das brauchen wir, wenn wir die Menschen bei der Bekämpfung des Klimawandels nicht verlieren wollen. Sich immer höhere -und zudem unerreichbare - Klimaziele zu setzen, während andere Weltregionen weitermachen wie bisher, verlagert das Problem nur. Umso mehr müssen wir die Industrie als Innovationsmotor und Technologietreiber in Europa halten und stärken. Denn die Industrie bekennt sich zum Klimaschutz. Sie ist schon längst nicht mehr Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. 2 Stichwort EAG: Welche Folgewirkungen erwarten Sie sich in puncto angestrebter Energiewende? Knill: Rund 20 Prozent des Endenergieverbrauchs unserer Volkswirtschaft entfallen auf Strom. Wenn es mit dem EAG gelingt, diesen Anteil -der mit zunehmender Elektrifizierung etwa des Verkehrs und der Haushalte noch weiter zunehmen wird -auf erneuerbare Energie umzustellen, dann ist ein wichtiger Mosaikstein für die Transformation gelegt. Einhergehen muss der rasche Ausbau der Stromnetze, denn sonst haben wir ein Blackout und nicht die Energiewende. 3 Welche Anreize für eine noch nachhaltigere Unternehmensführung sollten jetzt geschaffen werden -speziell für energieintensive Industriebranchen? Knill: Österreich hat eine international erfolgreiche, energieintensive Industrie, die für mehr als 390.000 Arbeitsplätze steht. Wenn energieintensive Branchen nachhaltiger werden sollen - und im Allgemeinen ist damit deren Dekarbonisierung gemeint -, bedeutet das, dass die damit verbundenen höheren Kosten kompensiert werden müssen. Denn

erneuerbare oder CO₂-freie Energie ist natürlich teurer. Trotzdem müssen wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Standort erhalten. Damit das gelingen kann, fordert die IV die Schaffung und ausreichende Dotierung eines Transformationsfonds für die energieintensive Industrie durch die Bundesregierung. 4 Welche Implikationen haben grüne Finanzierungsformen speziell in einer jetzt einsetzenden Aufschwungdramaturgie? Knill: Ein erheblicher Anteil des investitionsgetragenen Wiederaufschwungs Post-Corona wird auf Investitionen entfallen, die der Digitalisierung sowie der Energie- und Mobilitätswende zugutekommen. Angesichts des enormen Finanzierungsvolumens sind alle Finanzierungsformen zu begrüßen, welche die Finanzierungskosten möglichst gering halten können. Green Finance kann dabei aller Voraussicht nach einen wesentlichen Beitrag leisten. 5 Inwiefern ist Ökologisierung ein Generationenthema - und braucht es Idealisten wie Greta Thunberg auch in den Unternehmen? Knill: Nachhaltigkeit ist ein zentrales Anliegen in Österreichs Unternehmen, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial. Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit. Wir haben nicht nur die Thunbergs dieser Welt in unseren Unternehmen, sondern auch die Düsentriebs, die mittels Innovationen diese auch umsetzen. Ökologisierung ist immer auch ein Generationenthema. Denn Nachhaltigkeit bedeutet, dass ich mein eigenes Handeln in Bezug auf mögliche Konsequenzen für kommende Generationen hinterfrage. Es ist daher immer zu begrüßen, wenn sich junge Menschen mit der Zukunft auseinandersetzen. Sie haben mitunter eine andere Sicht auf die Dinge, sie erweitern Perspektiven und bereiten so den Boden für neue, innovative Lösungen, Fähigkeiten, die in der Gesellschaft und in den Unternehmen gebraucht werden. Industriemagazin, 07.04.2021, S. 52-53 19 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Christoph Unger leitet seit März die Geschäftseinheit für nachhaltige Energielösungen bei Rittal Österreich. Mit seinem neuen Job erfüllt sich der ausgebildete Bio- und Umweltressourcenmanager einen Traum. Das System-Handbuch 36,1192 Seiten stark, bietet einen durchaus vollständigen Überblick über das Portfolio von Rittal. Für ihn, den neuen Mann in der österreichischen Vertriebsniederlassung des Hessener Systemanbieters für Schaltschrankbau, Stromverteilung, Klimatisierung und IT-Infrastruktur, ist das Studium des Standardwerks eine Selbstverständlichkeit: Christoph Unger, seit Anfang März an Bord und hierzulande Leiter der neu im Unternehmen geschaffenen Business Unit Energy & Power Solutions, kommt als Quereinsteiger, bringt jedoch genau jenes Wissen und jene Erfahrung ein, die jetzt gefragt sind. Als Absolvent des Boku-Studiums Umwelt- und Bioressourcenmanagement, Diplomand bei MAN in München und zuletzt viereinhalb Jahre Energieeffizienzexperte beim Elektrogroßhändler Rexel Austria wird für Unger in seinem jüngsten Betätigungsfeld nun ein Traum wahr: Rittal ist Ausstatter und Lösungsanbieter bei Smart Grids und intelligenten Stromnetzen, beherrscht die Stromverteilung und sorgt für optimale Klimatisierung von Industrieaggregaten, "nirgendwo also könnte ich besser die Energiewende mitgestalten", sagt Unger. EEG soll Investitionsklima schaffen. Triebfeder für das neue Geschäftssegment der Herborner, die bereits im Bereich Schaltschränke und Stromverteilungslösungen die Basis für die Energiewirtschaft schufen, ist hierzulande das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, das den Weg für Milliardeninvestitionen bis 2030 ebnet. "Mit dem Beginn der Viruspanemie ging das Umsetzungstempo in Sachen Ökologisierung etwas verloren, doch nun kommen wir von einem schleichenden in einen sehr dynamischen Prozess", schildert Unger. Was das auf die Rittal-Organisation umgemünzt bedeutet, weiß auch Rittal Österreich-Vertriebsleiter Peter Payr: "Wir wollen unsere Stärken einer klassischen Vertriebsorganisation überall dort ausbauen, wo sich durch neue Technologien neue Bedarfe auftun", sagt er. Ein Blick über den Tellerrand, wenn man so will, der auch als Lösungsconsulting interpretiert wird. Flexible Organisationseinheit. Aktuell sieben Mitarbeiter habe die Abteilung in Wien, die Fähigkeit, "auf den Wandel sehr flexibel und schnell zu reagieren", zeichne diese aus, hört man bei Rittal. Etwa bei der Errichtung noch effizienterer Windkraftanlagen, in deren Gondel Rittals Schaltschranktechnologie (VX25) und Niederspannungshauptverteiler (VX 25 Ri4Power) zum Einsatz kommen -oder der stärkeren

Durchdringung der Anlagenparks mit hocheffizienten Klimageräten (wie etwa Blue e+). Dass Mehrwert dabei künftig noch viel stärker in der Cloud entsteht, gilt für Christoph Unger, geboren und aufgewachsen in Steyr, übrigens als ausgemacht. "Kunden entsteht so etwa bei der Planung einer Schaltanlage mit Softwaretools unserer Schwesterfirma Eplan ein Riesenhebel für eine deutlich höhere Effizienz im Engineering", sagt er. Die nächsten Wochen will Unger nun dazu verwenden, mit den Kollegen der vier Rittal-Standorte Wien, Linz, Graz und Lustenau als Business Unit eins zu werden. Industriemagazin, 07.04.2021, S. 56-57 20 0 161774640004 401617789300 Weiter zum Artikel

London, 07. Apr. 2021

Der Ölkonzern Shell hat mit der Ölförderung im ersten Quartal erstmals seit Beginn der Coronapandemie wieder Geld verdient. Das Geschäft mit der Erkundung und Förderung habe von den gestiegenen Rohölpreisen profitiert, teilte das Unternehmen am Mittwoch in Den Haag mit. Das bereinigte Ergebnis des Bereichs dürfte daher im schwarzen Bereich liegen. Die zeitweilige Unterbrechung der Öl- und Gas-Produktion durch die Winterstürme in Texas werde den bereinigten Gewinn des Konzerns jedoch mit bis zu 200 Mio. US-Dollar (169,32 Mio. Euro) belasten. Im Gegensatz zu anderen Unternehmensteilen wie der Raffinerie-Sparte hatte das Ölgeschäft des Konzerns wegen des Verfalls der Energiepreise infolge der Pandemie 2020 durchgängig Verluste geschrieben. Auch im Raffinerie- und Kraftstoffsegment habe sich die Entwicklung im Vergleich zum vierten Quartal etwas verbessert, hieß es nun. Das Geschäft war trotz der Pandemie auch im vergangenen Jahr größtenteils profitabel geblieben. APA/dpa-AFX 21 0 161774640004 401617790320 Weiter zum Artikel

Ankara/Athen/Nikosia, 07. Apr. 2021

Die griechische Regierung hat den Besuch der EU-Spitze beim türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zurückhaltend kommentiert. "Die EU hat eine positive Agenda mit der Türkei", lobte Regierungssprecherin Aristotelia Piloni am Mittwoch gegenüber dem griechischen Radiosender Skai. "Es gibt aber viele Bedingungen, und Ankara wird

"energynewsmagazine.at" gefunden am 09.04.2021 08:45 Uhr

"Wir werden es häufiger erleben"

Suchen Sie nach einem bestimmten Begriff..... oder filtern Sie nach Themen und Quellen.Strom Gas Öko Innovationen Energiebörse Allgemein

Quellen

APA

News

Presse-

SpiegelReportage Veranstaltungen

Filtern nach Meistgelesen Chronologisch Relevanz

Ihr Suche ergab leider kein Ergebnis! Bitte versuchen Sie es mit einem anderen Begriff.

Alle anzeigen

0 0 161973360007 701619733600 Weiter zum Artikel

Wien, 30. Apr. 2021

Der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) steigt im April im Vergleich zu März um 4,6%.Gegenüber April 2020 liegt er damit 71,3% höher. Der von der Österreichischen Energieagentur berechnete Index steigt im April auf 83,30 Punkte. In den letzten 12 Monaten lag der ÖGPI im Schnitt bei 52,05 Punkten. Tiroler Tageszeitung, 30.03.2021, S. 19 1 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Österreich, 08. Apr. 2021

Wer eine große Menge an Waren bewegt, hat auch hohes Potenzial, um bei der Logistik Energiekosten zu sparen und den CO₂-Fußabdruck zu reduzieren. Fünf Praxisbeispiele zeigen, welche Ansätze sich besonders gut im Unternehmensalltag umsetzen lassen. Ökologische Maßnahmen haben beinahe immer einen sehr erfreulichen Nebeneffekt: Sie sparen Energie und damit auch Geld. Doch bis dieser Effekt schlagend wird, muss man häufig investieren, Prozesse umstellen und Gehirnschmalz in das Thema stecken. Entsprechend wichtig ist ein Mindset, das die Maßnahmen konsequent vorantreibt. Ein Paradebeispiel für diese Herangehensweise ist Vöslauer. "Wir bei Vöslauer leben Nachhaltigkeit so, dass wir von überall her an den Zielsetzungen arbeiten. Das ist bei uns eine Frage der Haltung", erklärt Geschäftsführer Herbert Schlossnikl seinen Ansatz. Bei dem Mineralwasserproduzenten will man also nicht business as usual machen und nur dann und wann ökologische Projekte umsetzen, sondern den Nachhaltigkeitsanspruch konsequent in alle Prozesse und Strukturen integrieren. Logistik und Mobilität machen dabei natürlich keine Ausnahme. "In den Bereichen Transport und Mobilität verfolgen wir eine konsequente Verringerung der Umweltbelastungen", sagt Schlossnikl. Die Betriebsstoffe bezieht das Unternehmen aus Österreich bzw. aus der Region. Die Logistik aller Waren wird bis ins Detail abgestimmt. So sucht Vöslauer gemeinsam mit ihren Fracht-Partnern permanent nach Optimierungsmöglichkeiten. Konkret geht es dabei um die Reduktion von Leerfahrten, um Tourenoptimierungen, die Erhöhung der Anliefermengen bei Grundstoffen, die Optimierung der Abhollogistik und auch um den Einsatz CO₂-reduzierter LKW. Dadurch senkt der Betrieb kontinuierlich die Transportkilometer bei gleichzeitigem Ausbau des Schienenanteils. Das große Ziel lautet für Schlossnikl: in der Logistik einen Schienenanteil von 30 % erreichen. 2019 lag der Anteil bei rund 22 % für Österreich und Deutschland. Wird Österreich allein betrachtet, dann lag der Schienenanteil bei rund 25 %. FAKTOR ELEKTRO Auch innerbetrieblich wurden diverse Stellhebel gesetzt. Spritspar-Trainings und das Umrüsten der PKW-Flotte auf E-Dienstwagen bzw. Fahrzeuge mit geringem CO₂-Ausstoß sorgen für eine Reduktion

der Emissionen. Ein besonderes Ass kann Vöslauer kommendes Jahr ausspielen. Mit der Errichtung eines neuen Hochregallagers in Bad Vöslau konzentriert das Unternehmen künftig alle Produktionsprozesse an einem Standort. Nach der Inbetriebnahme entfallen insgesamt 7.500 LKW-Transporte pro Jahr, davon allein 6.000 in Bad Vöslau. Dies soll deutlich weniger LKW-Verkehr im Ortskern und natürlich eine deutliche Reduktion von CO₂-Emissionen zur Folge haben.

SDG-BASIERTE STRATEGIE Auch beim Reinigungsmittelproduzenten hollu folgen alle Nachhaltigkeitsmaßnahmen einer tiefen Überzeugung. "Als Tiroler Familienunternehmen tragen wir eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Verantwortung, was die gesamte Wertschöpfungskette betrifft", sagt Geschäftsführer Simon Meinschad. Seit 2018 orientieren sich die Mitarbeiter von hollu im täglichen Arbeiten an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen - den Sustainable Development Goals (SDGs). "Unser gesamtes Denken und Handeln wird von den SDGs bestimmt, und wir entwickeln uns laufend in diesem Sinne weiter -für eine lebenswerte Zukunft vieler weiterer Generationen auf unserem Planeten", erklärt Meinschad. Dabei spielt auch der Bereich Logistik eine wichtige Rolle.

REGIONALE BESCHAFFUNG NÜTZEN Dass mehr als 60 % der Hauptlieferanten von hollu in Österreich sind, ist ein erster wesentlicher Faktor. Bereits über 85 % aller Lieferungen kommen aus einem Radius von maximal 500 km Entfernung. Entsprechend großen Wert legt hollu auf regionale Partnerschaften und möglichst kurze Transportwege bei der Rohstoff beschaffung. "Je näher, desto besser", sagt Meinschad. Über ein eigenes Online-Bewertungstool werden Punkte an die Lieferanten für ihre soziale Verantwortung und ihren ökologischen Fußabdruck vergeben. Gute Werte werden mit Preisvorteilen von bis zu 5 % belohnt. Vorteilhaft wird sich auch eine 3.500 m² große Photovoltaikanlage auswirken, die für das Dach des Lagers von hollu geplant ist. Zudem wird es ein komplett neues Verkehrs- und Wegekonzept am Standort Zirl geben. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität. Dazu werden fortlaufend reine E-Varianten und Hybridfahrzeuge getestet. Wir verfolgen eine konsequente Verringerung der Umweltbelastungen. Herbert Schlossnikl, Vöslauer Unser Ziel ist es, bis 2025 CO₂-neutral zu sein. Simon Meinschad, Geschäftsführer hollu

OPTIMIERTE TOURENPLANUNG Keine technische, sondern eine organisatorische Lösung hat man für zwei Fachberater im Vertrieb gefunden. Sie haben kurzerhand ihre Vertriebsgebiete aufgrund ihrer Wohnorte getauscht. So verringert sich für jeden die Anfahrt enorm, und auch die Tourenplanung wurde optimiert. Das Ergebnis: eine Einsparung von 19.000 km und 1.140 Litern Diesel in zehn Monaten. Eine Idee, die auch in der Niederlassung Linz Anklang gefunden hat. An dem Standort wurde die gesamte Tourenplanung effizienter gestaltet. "Unser Ziel ist es, bis 2025 CO₂-neutral zu sein. Der größte Hebel zur Klimaneutralität liegt bei hollu im Treibstoffverbrauch des Fuhrparks. Deshalb werden wir alle Firmenfahrzeuge auf alternative Antriebsformen aus erneuerbarer Energie umstellen -mit eigener Elektrotankstelle am Standort Zirl. Weiters entsteht dort mit der geplanten Photovoltaikanlage unser eigenes Sonnenkraftwerk -für 100 % Ökostrom made by hollu", fasst Meinschad die zentralen Stellhebel zusammen.

ALTERNATIVE ANTRIEBE TESTEN Auch bei der Brau Union Österreich hat man intensiv über CO₂-Einsparungen in der Logistik nachgedacht, und auch dort spielt der Transport eine zentrale Rolle. "Seit 2018 bauen wir den Anteil emissionsfreier E-LKW in unserem Fuhrpark kontinuierlich aus", sagt Gabriela Maria Straka, Mitglied der Geschäftsleitung und ambitionierte Vorreiterin in puncto Nachhaltigkeit. Um den Transport im Fuhrpark der Brau Union Österreich emissionsfrei zu gestalten, ist aus ihrer Sicht Elektromobilität die wirtschaftlich attraktivste Lösung. Ein wesentliches Zwischenziel liegt nun darin, die Logistik am Standort der grünen Brauerei Göss auf Elektro umzustellen. Um auch bei anderen alternativen Antriebsquellen am Puls der Zeit zu bleiben und Erkenntnisse für weitere Investitionen in diesem Bereich zu sammeln, sind in der Brauerei Göss zudem zwei LKW mit Erdgasantrieb in Betrieb. Losgelöst von der Antriebsart, richtet sich schon jetzt die Anzahl an tatsächlich eingesetzten LKW nach dem täglichen Verkaufsvolumen. Zudem investiert die Brau Union nur noch in emissionsarme EURO6-LKW, während alte Modelle aus dem Verkehr gezogen werden. Auch Gas- und Dieselstapler werden laufend durch Elektrostapler ersetzt.

KOOPERATIONEN NÜTZEN Einen weiteren, besonders innovativen Ansatz im Bereich Transport, der zum Nachahmen einlädt, lebt die Brau

Union Österreich seit Mai 2019. Durch eine gemeinsame Logistik mit Coca-Cola HBC Austria werden im Großraum Wien Kunden gemeinsam mit einem Transport beliefert. Zuvor waren zwei verschiedene Flotten unterwegs. Mit der Übernahme der Coca-Cola-Transporte durch die Brau Union Österreich können Synergien genutzt werden, denn über ein Drittel der Kunden werden von beiden Unternehmen bedient. Dadurch werden weniger LKW benötigt, deutlich weniger Kilometer zurückgelegt und folglich auch weniger CO₂-Emissionen ausgestoßen. Ein Erfolgsmodell, das in kleinerem Umfang auch mit Gasteiner gelebt wird. LEERFAHRTEN VERMEIDEN Beim Transport Einsparungen vorzunehmen ist nicht immer ganz einfach -selbst wenn der Wille vorhanden ist. Manfred Ergott von der Druckerei Janetschek im Waldviertel hat sich als Nachhaltigkeitspionier intensiv den Kopf darüber zerbrochen. Doch aufgrund der geografischen Randlage sei eine Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität aktuell genauso wenig möglich wie ein noch kompakteres Zusammenlegen der Lieferrouen. Schließlich müsse man flexibel auf Kundenwünsche reagieren können. Doch zwei wesentliche Ansatzpunkte konnten umgesetzt werden. Die tägliche Hauptlieferung in den Großraum Wien bzw. St. Pölten hat Janetschek an eine Spedition ausgelagert und damit einen Umweltvorteil gewonnen. "Früher fuhr unser eigener LKW täglich leer zurück ins Waldviertel", erzählt Ergott. Nun werden zuerst ihre Zustellungen und Abholungen erledigt, und dann disponiert die Spedition noch weitere Abholungen und Transporte für den Rückweg. Die zweite Maßnahme der Waldviertler Druckerei: Sie beauftragt seit einigen Jahren ausschließlich die Österreichische Post mit der CO₂neutralen Zustellung von allen kleineren Lieferungen, was bei dem Betrieb einen erheblichen Teil ausmacht. "Die Transporte werden zwar 'nur' kompensiert, aber immerhin hat die Post einen Anreiz, so viele Transporte wie möglich mit reduziertem CO₂-Ausstoß durchzuführen", meint Ergott. ENERGIEARM LAGERN, PLASTIKFREI VERSENDEN Ganz enorme Paketmengen werden Tag für Tag vom südoststeirischen Paldau aus bewegt. Dort sitzt das E-Commerce-Unternehmen Niceshops. Bis zu 20.000 Pakete werden täglich in die ganze Welt verschickt. Roland Fink, Gründer von niceshops, erklärt seine Strategie so: "Nachhaltigkeit ist ein integraler Bestandteil unserer Firmenkultur. Seit 2018 arbeiten wir zertifiziert klimaneutral. Unter anderem produzieren wir über eine riesige Photovoltaikanlage grünen Strom und heizen unseren Firmenkompex in Paldau durch die benachbarte Biogasanlage. Beim Versand unserer Pakete setzen wir auf plastikfreie Materialien und haben dort, wo es möglich ist, das Füllmaterial auf kompostierbares Material umgestellt", so Fink. Auf dem Weg zur Klimaneutralität hat die Gestaltung des Standorts eine besonders große Rolle gespielt. Schon bei der Planung des neuen Logistikzentrums stand die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt. Die wichtigsten Nachhaltigkeitsfaktoren beim Bau des Logistikzentrums waren: der Rohstoff Holz als Baumaterial, eine ordentliche Dämmung sowie ein Kreislauf aus Wärme und Kühlung. Die Wirtschaft, 08.04.2021, S. 20-22 2 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

08. Apr. 2021

Während Premier Borisov nach den Wahlen um die Macht ringt, können sich viele Bulgaren nicht einmal eine warme Wohnung leisten. Die Armut zwingt dazu, billig und schädlich zu heizen. Wessa Penkova öffnet die Haustür mit dem Ellenbogen. In den Armen trägt die Frau große Holzscheite, die noch nach frischem Wald riechen. Mühsam beugt sie sich über den Ofen und schiebt einen Scheit nach dem anderen in die Ofenklappe. Heizen sei nicht einfach, erzählt sie. "Bis ich in den Holzschuppen komme, muss ich erst mal den ganzen Schnee wegschaufeln. Das fällt mir schwer." Wessa Pankowa ist alt, und in Dalbok dol, einem Dorf im gebirgigen Zentralbulgarien, ist der Winter oft hart. Der Ofen steht in Wessas Küche, an der auch nachts schläft. Wenn das Holz zu brennen beginnt, wird es wohligh warm. Der Rest des Hauses - das Gästezimmer, wo die Geranien überwintern, das Treppenhaus und das obere Stockwerk - bleibt aber klirrend kalt. Wand gegenüber ist das Bett, wo sie im Sommer ihr Nickerchen macht und im Winter Damit ist die Pensionistin nicht alleine. Daten des europäischen Statistikamtes Eurostat zeigen, dass sich mehr als ein Drittel der bulgarischen Haushalte nicht ausreichend Wärme im Winter leisten kann. Die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft wirkt sich auch darauf aus, welche Energie genutzt wird -genauer: wie die Haushalte heizen. Steigende Preise

Der Lebensstandard junger Manager unterscheidet sich zwar in Bulgarien kaum von dem ihrer Kolleginnen und Kollegen in Westeuropa. Die steigenden Energiepreise zwingen aber immer mehr Menschen dazu, auf Strom oder Fernwärme zu verzichten - nicht nur Pensionisten oder Arbeitslose, sondern auch Berufstätige mit niedrigen Einkommen, mit Familien und Kindern, die sogenannten Working Poor, deren Anzahl in den letzten Jahren nur noch wächst. Die Regierung hat zwar noch vor den Wahlen vom Wochenende Gesetze für neue, umweltgerechtere Auflagen verabschiedet. Doch sie schienen nicht wirklich zu greifen. Mehr als die Hälfte der Bulgaren heizt mit Festbrennstoffen wie Holz oder Kohle. "Für uns als Gesellschaft ist das ein Rückschritt", sagt die Energieexpertin Maria Wassileva in der Gemeinde Trojan. "Wenn wir zurückblicken, haben im Sozialismus viel weniger Menschen mit Holz geheizt. Die Menschen haben es heute schwerer." Diejenigen, die sich nicht einmal ein warmes Zimmer leisten können, werden vom Staat mit 250 Euro pro Saison unterstützt - das reicht, um sich Holz oder Kohle für etwa drei Monate zu kaufen. Es wäre jedoch die Aufgabe des Staates, nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln, um die Menschen aus der Falle herauszuholen, meint Petar Kissjov, Experte für Energiepolitik von Green Synergy Clusters (GSC) in Plovdiv. "Bulgarien hat bisher keine zielgerichtete Politik und keine Finanzinstrumente gegen die Energiearmut. Im Gegenteil. Die Hilfen fördern den Konsum nicht sauberer Energien." Großteil der Wärme durch den Schornstein. Grund sind die ineffizienten Öfen von vor 50 Jahre und das Brennholz im Handel, das weit In den meisten Haushalten verfliegt ein davon entfernt ist, irgendwelchen Umweltnormen zu entsprechen, anders als zum Beispiel bei der Kohle. Die Feinstaubemissionen durch das Heizen mit Holz sind deshalb höher als die von Verkehr und der Industrie. Bei der Luftqualität gleicht Bulgarien eher den Nicht-EU-Ländern aus der Region wie Nordmazedonien oder Bosnien-Herzegowina, die ähnliche soziale Probleme haben. Laut den Statistiken der Weltgesundheitsorganisation WHO sterben jedes Jahr 10.000 Bulgarinnen und Bulgaren an durch die Luftverschmutzung hervorgerufenen Problemen. Die Europäische Union hat deshalb mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen das Land gestartet, 2017 wurde Bulgarien auch schon einmal verurteilt. Doch unternommen wurde trotzdem praktisch nichts, sagt der Umweltschützer Iwajlo Popov von der NGO Sa semjata ("Für die Erde"): "In den Ministerien und in den Gemeinden fehlt es an Kapazitäten. Das merkt man an den politischen Entscheidungen. Wirtschaftliche Interessen spielen auch eine Rolle. Ein Beispiel ist die Regelung über die Brennholzqualität, die nichts taugt. Vermutlich haben sich Vertreter der Holzwirtschaftslobby durchgesetzt, die strikt gegen die Normierung waren." Um einer Verurteilung durch den EU-Gerichtshof und hohen Geldstrafen zu entgehen, setzt die Regierung wichtige überfällige Maßnahmen ein. Das sind emissionsfreie Zonen in den Städten etwa oder der kostenlose Umstieg auf umweltfreundliche Heizanlagen. Alte Öfen sollen abgeschafft werden, an ihre Stelle sollen Pelletsheizungen oder moderne Klimaanlageanlagen treten, mehr Verbraucher sollen sich ans bestehende Fernwärmenetz anschließen. In Sofia und fünf weiteren Großstädten ist das EU-Pilotprojekt bereits angelaufen. Voraussetzung sind allerdings reguläre Wohnverhältnisse. So können viele bedürftige Haushalte nicht am Programm teilnehmen, gerade in Romabezirken etwa, wo fast zwei Drittel der Haushalte an Energiearmut leiden und die Luft noch schlechter als in anderen Teilen der Städte ist. Denn nicht nur feuchtes Holz gelangt hier in die Öfen, auch alte Schuhe und Sperrmüll. Filteroffensive Stattdessen investiert die Gemeinde Sofia massiv in Filter für die Schornsteinen der illegalen Baracken, die die verpestete Luft nicht nach außen lassen. Auch die Kontrolle wird verstärkt. So werden 24 Meter hohe Überwachungstürme gebaut, die man nur aus militanten Zonen kennt und gewöhnlich zur Früherkennung von Grenzübertritten dienen. Wenn es nach den Regierungsplänen geht, dürfte es für das Verbrennen schädlicher Stoffe Gefängnisstrafen geben. Für den Umweltschützer Iwajlo Popov ist das eine völlig unannehmbare Maßnahme. "Ich will das Verbrennen von giftigen Materialien nicht gutheißen, aber wenn mein Kind droht zu erfrieren, würde ich auch alles Mögliche verheizen. Der Staat soll seine soziale Rolle übernehmen: Geldstrafen wären nur dann angebracht, wenn man umweltbelastende Materialien verbrennt, obwohl es eine Alternative gibt." Doch nach dem Druck aus Brüssel und der Jahren die Ansätze ändern. Durch die sogenannte energetische Demokratie soll günstige Energie selbst oder mit den Nachbarn in Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften produziert werden. Das sieht die neue Nachhaltigkeitsstrategie vor -die zumindest auf dem Papier erfolgversprechender aussieht

als die derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut. Aktivisten vor Ort könnten sich in den nächsten KOPF AN KOPF Gabriel Felbermayr Bald schon Chef des WIFO Im Kieler Institut für Weltwirtschaft löste die Nachricht "Bestürzung" aus, liest man in der FAZ. Das Institut verliert tatsächlich seinen sehr renommierten Präsidenten, den österreichischen Ökonomen Gabriel Felbermayr. Felbermayr wird Nachfolger von Christoph Badelt an der Spitze von Österreichs einflussreichstem Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO. Abbas Araktschi Chefunterhändler Irans bei den Atomgesprächen Er führt die Verhandlungen mit dem Westen über das iranische Atomprogramm schon seit 2015. In diesem Sinn hat der stv. Außenminister des Irans sicher ein gutes Gespür für die Aussichten auf eine Einigung. Die erste Runde der Gespräche in Wien bezeichnet Araktschi als "gut". Und das ist doch eine positive Nachricht unter so vielen schlechten aus Nahost. Prinz Hamza Jordanischer Königsbruder unter Verdacht Er zählt zu den unbeugsamen Kritikern des jordanischen Königshauses und der Kritikphobie von König Abdullah. Prinz Hamza ist nun offenbar in die Schusslinie geraten. Man wirft ihm einen Putschversuch vor, was der Prinz mit Entschiedenheit von sich weist. Mittlerweile wird auch klar, dass der König keine Beweise für einen Putsch vorlegen kann. Eine Scharade. Furche, 08.04.2021, S. 8 3 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Ried, 08. Apr. 2021

Aufklärungsarbeiten zu Ungereimtheiten laufen, möglicher Schaden noch nicht absehbar Wurden der Regulierungsbehörde E-Control jahrelang teils haarsträubend falsche Daten und Zahlen übermittelt, um so auf unlautere Weise für die Energie Ried bessere Finanzergebnisse darzustellen? Unter anderem dürfte das 110 Kilometer lange Erdgasnetz für die E-Control auf dem Papier auf 148 Kilometer verlängert worden sein, um so via Abgaben-Verteilungssystem zu profitieren. Im Visier ist, wie berichtet, die Langzeit-Geschäftsführung der Energie Ried, die sich per Jahresende in die Pension verabschiedet hat. Für das Duo gilt die Unschuldsvermutung. Erste, sehr grobe Schadens-Schätzungen bewegen sich in der Höhe von mehr als einer Million Euro. Entscheidend dabei ist freilich auch die Frage, auf welchen Zeitraum sich die offenbar unrichtigen Angaben erstrecken. Die E-Control arbeite mit der neuen Geschäftsführung der Energie Ried eng zusammen, so E-Control-Vorstand Wolfgang Urbantschitsch. "Derzeit werden Fakten und Zeiträume erhoben. Wir erheben viele Daten von den Energieunternehmen. Aber nicht alle Daten sind auch kostenwirksam. Das muss man sich genau ansehen. Die Höhe eines etwaigen Schadens zu beziffern, ist derzeit noch nicht möglich." 30 Millionen Euro an Rücklagen Das Unternehmen selbst, das sich im Besitz der Stadtgemeinde Ried befindet, steht finanziell auf sehr soliden Beinen: Rund 30 Millionen Euro an Rücklagen sind in Wertpapierfonds geparkt. An die Ex-Geschäftsführer geleistete Prämienzahlungen wurden naturgemäß auch mit dem wirtschaftlichen Erfolg argumentiert. Der vermeintliche Unternehmenserfolg dürfte indirekt auch die Höhe der Gehälter und Prämien und somit der Abfertigungen beeinflusst haben. Laut OÖN-Informationen erhielten die Geschäftsführer vor ihrem Abgang noch eine Prämie in der Höhe von rund 23.000 Euro für die sechs Monate lange Einschulung der beiden Nachfolger. Diese haben jetzt aber ganz offensichtlich vor allem mit der Aufarbeitung der Missstände und der Rekonstruktion der - laut Vorwürfen - mehr als hunderttausend widerrechtlich gelöschten Dateien zu tun. 250.000 Euro Jahresgehalt OÖN-Recherchen haben ergeben, dass jeder der beiden Ex-Geschäftsführer zuletzt rund 250.000 Euro Jahresgehalt bezogen haben soll. Zusätzlich sollen für die beiden Geschäftsführer über die Jahre hinweg insgesamt 1,6 Millionen Euro an Betriebspensionsbeiträgen einbezahlt worden sein. Ob und um wie viel geringer Prämien, Gehälter und Betriebspension bei niedrigeren Unternehmensgewinnen ohne die mutmaßlich frisierten Zahlen ausgefallen wären, darüber lässt sich nur spekulieren. "Wir erheben viele Daten von den Energiefirmen. Aber nicht alle Daten sind kostenwirksam. Ein möglicher Schaden lässt sich noch nicht beziffern." Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand, E-Control Ortig: "Der Imageschaden für die Energie Ried ist enorm" Rieds Bürgermeister Albert Ortig (VP): "Verwahre mich gegen eine Vorverurteilung der ehemaligen Geschäftsführung" Ried. Im OÖN-Interview bezieht Rieds Bürgermeister Albert Ortig erstmals Stellung zur Situation bei der Energie Ried, die im Besitz der Stadtgemeinde ist. Wie sehen Sie die aktuellen

Entwicklungen? Albert Ortig: Nach meinem Informationsstand sind offenbar von der E-Control zu hohe Ausgleichszahlungen an die Energie Ried geflossen. Sollte sich das bestätigen, ist davon auszugehen, dass die Zahlungen zu korrigieren und die zu Unrecht erhaltenen Beträge an die E-Control zu refundieren sind. Bis zur Klärung dieser Fragen verwahre ich mich gegen eine Vorverurteilung der ehemaligen Geschäftsführung. Diese hat die Energie Ried über 25 Jahre zu einem Vorzeigeunternehmen entwickelt und zahlreiche Zukunftsmaßnahmen verwirklicht. Dazu zählen unter anderem die Absicherung der Trinkwasserqualität für Ried und Umsetzung von Österreichs größtem Geothermieprojekt. Wieso haben Sie als Bürgermeister und der Aufsichtsrat offensichtlich nichts von den möglichen Missständen mitbekommen? Generalversammlung und Aufsichtsrat haben ihre Aufgaben gemäß dem GmbH-Gesetz in vollem Umfang erfüllt. Die Bilanzzahlen, in denen sich die Unternehmenstätigkeit widerspiegelt, wurden von unabhängigen Wirtschaftsprüfern beurteilt und abschließend mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Daher waren die präsentierten Jahresabschlüsse zu bestätigen. Es ist weder der Generalversammlung - in diesem Fall dem Bürgermeister - noch dem Aufsichtsrat möglich, die Abmessungen einzelner Leitungen zu prüfen oder nachzumessen. Haben die Entwicklungen etwas mit Ihrem Nichtantreten bei der Bürgermeisterwahl zu tun? Nein, da gibt es nicht den geringsten Zusammenhang. Ich bin von den Informationen ebenso überrascht worden wie alle anderen Rieder. Auch die Neubesetzung des Aufsichtsrates hat damit nichts zu tun, sondern ist turnusgemäß erfolgt und wird erst nach Beschluss der Bilanz 2020 rechtskräftig. Welcher Schaden könnte für die Stadtgemeinde Ried im schlimmsten Fall entstehen? Es ist kein Schaden für die Kunden der Energie Ried entstanden. Der Imageschaden für das Unternehmen ist enorm. Beunruhigend ist, dass das städtische Vorzeigeunternehmen nun in dieser Form im Fokus der Aufmerksamkeit steht. Mensch des Tages: »Seite 4 Oberösterreichische Nachrichten, 08.04.2021, S. 23 4 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

08. Apr. 2021

Umfrage Zwei Monate vor der Abstimmung über das CO₂-Gesetz ist die Sympathie für die Energiewende gross. Sauberer Strom sei bei der Schweizer Bevölkerung gefragt wie noch nie, vermeldet die Schweizerische Energie-Stiftung (SES). Sie wurde 1976 gegründet und engagiert sich seither laut eigenen Angaben für eine intelligente, umwelt- und menschengerechte Energiepolitik. Die Stiftung positioniert sich klar gegen die Atomkraft. 96 Prozent würden laut der gestern publizierten Umfrage der Stiftung das Ziel befürworten, den Strombedarf künftig mit erneuerbaren Energien zu decken. Die Befragung ist repräsentativ und wurde im Auftrag der Stiftung im November 2020 bei über 1000 Personen durch das GFS Zürich durchgeführt. 95 Franken mehr pro Jahr Aber sind Schweizerinnen und Schweizer auch bereit, für eine weitere Stärkung der erneuerbaren Energie tiefer ins Portemonnaie zu greifen? Felix Nipkow, Leiter Fachbereich erneuerbare Energien bei der SES, verweist darauf, dass laut der Umfrage eine klare Mehrheit der Ansicht ist, dass nachhaltige Energieversorgung auch etwas kosten darf. Heute bezahlt ein durchschnittlicher 4-Personen-Haushalt über den Netzzuschlag 40 Franken jährlich für den Ausbau erneuerbarer Energien. 78 Prozent der Befragten können sich laut Umfrage vorstellen, mehr zu zahlen, um den Ausbau einheimischer erneuerbarer Energie voranzubringen. «Insgesamt sind die Befragten im Durchschnitt bereit, jährlich 95 Franken mehr zu bezahlen», so Nipkow. Die grosse Mehrheit ist zudem der Ansicht, dass die Energiewende rasch umgesetzt werden soll. Bis 2038 soll die Stromversorgung erneuerbar sein. Der Zeithorizont für die Umsetzung von «einheimisch erneuerbar» liegt bei lediglich 15 Jahren. Zudem zeigt die Umfrage, dass über 90 Prozent der Meinung sind, dass erneuerbare Energien im Inland produziert werden sollen. Ob die positive Grundstimmung gegenüber der angestrebten Energiewende auch dem zweiten grossen Praxistest standhält, zeigt sich am 13. Juni an der Urne. Dann stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Revision des CO₂-Gesetzes ab. Die erste Hürde schaffte die Energiewende im Mai 2017: Damals sagte das Schweizer Volk mit 58 Prozent Ja zur Energiestrategie 2050. Vor dem Hintergrund des langfristigen Atomausstiegs wurde damit die Grundlage für die langfristige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie geschaffen, unter anderem mit Massnahmen zur Energieeffizienzerhöhung, zur Senkung von CO₂-Emissionen

und zur Förderung erneuerbarer Energien. «Völlig wirkungslos» Mit dem revidierten Gesetz soll jetzt der inländische CO₂-Ausstoss bis 2030 um 37,5 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Das Gesetz stellt die Instrumente dazu bereit – etwa die Förderung der Elektromobilität und des Einsatzes von klimafreundlichen Heizungen oder die Verteuerung des Fliegens. Und das kostet etwas: Unter dem Strich laut Berechnungen des Bundes rund 100 Franken pro Jahr für eine vierköpfige Familie. Die Gegner rechnen indes mit mindestens 1000 Franken. Die Umfrage zeige, so Nipkow von der SES, dass die Sensibilität in der Bevölkerung für eine neue Energiepolitik gross sei. Er betrachtet die Resultate als gutes Vorzeichen für den Urnengang. Anders sieht das SVP-Nationalrat Christian Imark, Leiter des Referendumskomitees gegen das CO₂-Gesetz: «Ich bin auch für mehr erneuerbare Energien, aber beim CO₂-Gesetz geht es um eine reine Umverteilungsaktion, die viel zu teuer und völlig wirkungslos ist.» von Gregor Poletti Strom soll aus diesen Quellen kommen Berner Zeitung, 08.04.2021, S. 12 5 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Hannover, 08. Apr. 2021

Deutschland untersucht für ein europäisches Forschungsprojekt den Abbau metallhaltiger Knollen in der Tiefsee zwischen Hawaii und Mexiko. Die Manganknollen enthalten Rohstoffe wie Nickel, Kupfer und Kobalt, die für erneuerbare Energietechnologien und für Elektrogeräte wichtig sind. Greenpeace warnte davor, den Meeresboden auszubeuten und das Artensterben dort zu beschleunigen. Salzburger Nachrichten, 08.04.2021, S. 19 6 0 161783280007 701617832800 Weiter zum Artikel

Bregenz, 08. Apr. 2021

Mit der Gründung der „E-VO eMobility GmbH“ bündeln sieben Energieversorger ihre Kräfte. Durch die Weiterentwicklung der für den Betrieb von Ladeinfrastruktur erforderlichen IT-Systeme, soll das Ladenetz effizienter und sicherer werden. Neben Energie Graz, Energie Steiermark, EVN, Innsbrucker Kommunalbetriebe AG, Kelag und Linz AG sind auch die Illwerke vkw an Bord. Vorstandsmitglied Helmut Mennel ist besonders stolz, dass in der neuen Gesellschaft das Backend-System und das Kundenportal von vkw vlotte verwendet werden. Vorarlberger Nachrichten, 08.04.2021, S. D3 7 0 161783280004 401617861600 Weiter zum Artikel

Washington, 08. Apr. 2021

US-Präsident Joe Biden will Steuererleichterungen für die Energieproduktion aus fossilen Brennstoffen durch eine Förderung von erneuerbaren Energien ersetzen. Dies geht aus Einzelheiten seines Reformplans hervor, die das Finanzministerium am Mittwoch vor einer Rede des Präsidenten veröffentlichte. Schätzungen des Ministeriums zufolge würde das Ende der fossilen Förderung die Steuereinnahmen des Bundes im kommenden Jahrzehnt um mehr als 35 Milliarden Dollar erhöhen. Die Steuerpläne gehören zu einem Infrastrukturpaket mit einem Volumen von 2,2 Billionen Dollar. Biden will dabei auch die Unternehmenssteuern auf 28 Prozent von 21 Prozent erhöhen. Die Republikaner, zahlreiche US-Konzerne und einige von Bidens Demokraten lehnen die Pläne ab. APA/ag 8 0 161783280004 401617861600 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Im sehr milden Februar ist der Stromverbrauch in Österreich gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent gesunken, auch die Stromim- und -exporte verringerten sich. Das Gasverbrauch legte dagegen um fast ein Zehntel zu. Dafür wurde laut Regulator E-Control vor allem auf die Gasspeicher zurückgegriffen, denn die Gaseinfuhren und die inländische Gasproduktion waren rückläufig. Der Inlandsstromverbrauch in der Gesamten Elektrizitätsversorgung Österreichs sank im Februar im Jahresabstand um 4,7 Prozent oder um 0,3 Terawattstunden auf 5,8 TWh. Erzeugungsseitig kamen Laufkraftwerke um 3,7 Prozent oder um 0,1 TWh weniger zum Einsatz, Speicherkraftwerke dagegen mit 0,9 TWh um 16,2 Prozent oder 0,1 TWh mehr. Im Februar haben die milden Temperaturen den Lockdown als Verbrauchsdämpfer abgelöst, erklärte die Austrian Power Grid (APG) dazu. Ende des Monats sei der wöchentliche Stromverbrauch um ein Zehntel unter dem Schnitt der Jahre 2017 bis 2019 gelegen, so der Übertragungsnetzbetreiber. Vor allem

die zweite Monatshälfte war laut Meteorologen ausgesprochen mild. Die Stromproduktion aus Wasserkraft legte im Februar laut E-Control nach einem Rückgang im Jänner wieder leicht zu (+0,1 TWh bzw. +2 Prozent). Die Windkraftwerke erzeugten nach einem Plus im Jänner um 0,6 TWh bzw. um 57,4 Prozent weniger. Der Wärmekrafteinsatz (vor allem Gaskraftwerke) wuchs nach einem Rückgang zu Jahresbeginn um 10,7 Prozent oder 0,6 TWh auf 5,4 TWh. Schwächer war der Stromaußenhandel, wobei die Ausfuhren stärker abnahmen als die Einfuhren, geht aus Daten der Regulierungsbehörde E-Control hervor. Die Stromexporte verminderten sich um 35 Prozent oder um 0,7 TWh, die Stromimporte gingen um 19,7 Prozent oder um 0,5 TWh auf 2,1 TWh zurück. Die Nettoimporte lagen im Februar bei 0,8 TWh. Am dritten Mittwoch im Februar wurde in der Gesamten Elektrizitätsversorgung eine Spitzenlast von 10,26 Gigawatt (GW) registriert. Im Öffentlichen Netz allein lag der Spitzenverbrauch auf Stundenbasis bei 9,4 GW (Endverbrauch plus Netzverluste, aber ohne Pumpspeicherung). Endverbraucher fragten am 11. Februar um 10.45 bis 11 Uhr (auf 15-Min-Basis) eine maximale Abgabe von 9,92 GW nach, das waren um 341 MW weniger als der Maximalwert am dritten Mittwoch. Bei Gas kletterte die Abgabe an Endkunden im Februar gegenüber dem Vorjahr recht stark um 9,7 Prozent oder um 0,9 TWh auf 10,7 TWh. Die Inlandsproduktion sank um 12,8 Prozent oder um 0,1 TWh und setzte damit den Abwärtstrend der vergangenen Monate fort. Die Gasspeicher-Entnahme stieg um 192,5 Prozent oder um 10,8 TWh, was fast einer Verdreifachung entspricht. Die Einspeicherung sank um 27,6 Prozent oder um 0,4 TWh. Die Gasimporte waren mit -30,2 Prozent rückläufig, nach einem Plus im Jänner; die Exporte stiegen dagegen leicht an (+2,6 Prozent bzw. +0,7 TWh). Der Speicherinhalt sank erneut sehr stark im Jahresabstand und wies einen Füllungsgrad von nur 37,5 Prozent auf - um 16,2 Prozentpunkte weniger als im Vormonat Jänner und sogar 42,7 Prozentpunkte unter Vorjahr. Die Gasmenge im Februar entsprach einem Speicherinhalt von 35,9 TWh. Geringe Einspeicherungen und deutlich höhere Speicherentnahmen führten zu 11,2 TWh mehr verfügbarem Gas, was vor allem durch geringere Nettoimporte (-10,2 TWh) kompensiert wurde. APA 9 0 161783280004 401617867120 Weiter zum Artikel

Washington, 08. Apr. 2021

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) planen einem Insider zufolge eine Plattform, um armen Ländern bei der Finanzierung von Klima-Investitionen zu helfen. "Im Gegensatz zu anderen Initiativen, die sich jeweils auf ein Projekt konzentrieren, wird sich diese auf die systematische Veränderung ganzer Volkswirtschaften konzentrieren", sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Person der Nachrichtenagentur Reuters am Mittwoch. Die Plattform verfolge einen gesamtheitlichen Ansatz für "die Dreifach-Krise von Schulden, Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt". UNO-Beamte, Nichtregierungsorganisationen, private Investoren sowie Rating-Agenturen sollen mit ihrem Fachwissen den hoch verschuldeten Ländern bei der Finanzierung von sauberer Energie, infrastrukturellen Veränderungen infolge des Klimawandels und dem Tier- und Artenschutz helfen, heißt es in einem Entwurf, der Reuters vorliegt. APA/ag 10 0 161783280004 401617878520 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Der Bund stockt die "Sanierungsoffensive" für den Heizkesseltausch und die thermische Sanierung auf. 100 Mio. Euro Unterstützung gezielt für den Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen in den einkommensschwächsten Haushalte des Landes kommen neu dazu, kündigte Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag an. Das Geld ist für die Jahre 2021 und 2022 vorgesehen. Die Sanierungsoffensive der Bundesregierung sieht heuer und kommendes Jahr zusammen 650 Mio. Euro an Förderungen vor. Dabei werden mit dem "Raus aus Öl und Gas"-Bonus der Heizkesseltausch mit bis zu 5.000 Euro und mit dem "Sanierungsscheck" thermische Gebäudesanierungen mit bis zu 6.000 Euro unterstützt. In Österreich heizen noch etwa 600.000 Haushalte mit Erdöl und etwa 1 Million Haushalte mit Erdgas. Diese Heizsysteme sollen in den kommenden Jahren auf klimafreundliche Alternativen umgestellt werden. Diese 650 Mio. Euro werden nun auf 750 Mio. Euro aufgestockt, wobei das zusätzliche Geld für die einkommensschwächsten 20 Prozent der Haushalte reserviert sind. Darunter fallen etwa Einpersonenhaushalte mit maximal 1.450 Euro netto monatlichem

Einkommen. Vorhandenes Vermögen wird nicht berücksichtigt. Rund 300.000 Haushalte in diesem "unteren Einkommensquintil" heizen noch mit fossilen Energieträgern. Sie sollen für den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen bis zu 100 Prozent ihrer Investitionskosten erstattet bekommen. "Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen", so Gewessler in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Caritas-Präsident Landau. Sie wolle sicherstellen, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen klimafreundlich und kostengünstiger heizen können. Es sei "ein absolutes Novum", dass das Klimaschutzministerium im Energiebereich "eine ganz starke soziale Komponente in der Förderlandschaft auch mitdenkt". Nach anderthalb Jahren Coronapandemie sei die Klimakrise "ein Stück weit in den Hintergrund geraten", ergänzte Landau. Sie bleibe aber Realität und müsse gemeistert werden, ohne die ärmsten Menschen zurückzulassen. Die 100 Mio. Euro für den Kesseltausch sei ein Schritt in die richtige Richtung und "ein substanzieller Beitrag" für die ärmeren Menschen im Land. "Ich bin dafür der Ministerin und der Bundesregierung sehr dankbar", denn Energieeffizienz könne auch Energiearmut wirksam verringern. "Es ist sozial und ökologisch sinnvoll." Wichtig sei ein "gedanklicher Wechsel, dass so wesentlich der ökologische Wechsel sein wird, die soziale Frage mitgedacht werden muss". Gesichert und mit dem Koalitionspartner vereinbart sind nicht nur die zusätzlichen 100 Mio. Euro in den Jahren 2021/22 sondern auch weitere 100 Mio. Euro im Finanzrahmen für 2023/24, für den Heizkesseltausch bei finanzschwachen Haushalten, sagte Gewessler. Wobei die soziale Förderung des Bundes zusätzlich zu den bestehenden Förderungen in den Bundesländern erfolgt. Die Bundesländer organisieren die Förderabwicklung und entscheiden über die Detailausgestaltung des Fördermodells. Gewessler unterstrich die enge Zusammenarbeit mit den Bundesländern, die in diesem Bereich die Expertise hätten und auch Beratung für alle vom Umstieg Betroffenen anbieten. APA 11 0 161783280004 401617879960 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher in Wien erhalten in diesen Tagen Post vom Rathaus - mit der Bitte, Geld auszugeben. Denn im Wiener Gemeinderat wird die rot-pinke Stadtregierung Ende April ein Förderpaket für regionale Klimamaßnahmen beschließen. Jährlich stehen mit dem Programm namens "Lebenswerte Klimamusterstadt" nun 20 Mio. Euro für Projekte in den Bezirken zur Verfügung. In dem Schreiben verweisen Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) und Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr (NEOS) auf die entsprechenden Absichtserklärungen im Regierungsprogramm - und auf das Ziel, dass Wien bis 2040 CO2-neutral wird. Um dieses zu erreichen, seien etwa Maßnahmen im Bereich Verkehr sowie Begrünungs- und Kühlungsmaßnahmen nötig. Die Mittel dafür würden mit dem Beschluss nun aufgestockt, wird versichert. Es stünde doppelt so viel Budget zur Verfügung wie bisher. Anberaumt ist das Förderprogramm zunächst für die kommenden fünf Jahre. Entsprechende Projekte können mit bis zu 80 Prozent unterstützt werden. Gefördert werden vor allem Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum, dessen Aufenthaltsqualität damit gesteigert werden solle, wie Rot-Pink betont. Dazu gehören die Entsiegelung von Asphaltflächen und die Schaffung von Grünraum und Wasserläufen bzw. die Errichtung von Sprühnebelb duschen. APA 12 0 161783280004 401617882540 Weiter zum Artikel

Moskau, 08. Apr. 2021

Ungeachtet drohender US-Sanktionen wollen die am Bau der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligten Staaten nach russischen Angaben nicht von dem Projekt abrücken. Ziel der Partner sei es, die Röhre fertigzustellen, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Donnerstag. Das Projekt sei sehr wichtig für die Energiesicherheit Europas. Die rund 1.200 Kilometer lange Pipeline soll von Russland nach Deutschland reichen. Sie ist zu 95 Prozent gebaut. Die USA, die eigenes Gas in Europa verkaufen wollen, lehnen das Projekt ab mit der Begründung, Europa werde dadurch noch abhängiger von russischem Erdgas. US-Außenminister Anthony Blinken hatte im März mögliche Sanktionen ins Gespräch gebracht. Das Projekt gefährde die Position der Ukraine und sei gegen Europas Energieinteressen, sagte der amerikanische Chefdiplomat. Die Mehrheit an dem Pipeline-Projekt hält der russische Energiekonzern Gazprom. Finanzpartner

sind Wintershall Dea und Uniper aus Deutschland sowie die österreichische OMV, Royal Dutch Shell und Engie. APA/Reuters 13 0 161783280004 401617887520 Weiter zum Artikel

Wien, 08. Apr. 2021

Für das Erreichen der Klima- und Ökoenergieziele müssen Bund und Länder künftig verstärkt an einem Strang ziehen, so das Fazit von Vertretern der Erneuerbaren Branche und Energieagentur. Wichtig sei dabei auch die Kooperation der Länder untereinander, die Anstrengungen bei Zielen und Maßnahmen müssten rasch erhöht werden, hieß es am Donnerstag bei der Online-Präsentation einer Studie. Derzeit klaffen die Ziele zu Erneuerbarer Energie und Treibhausgasen noch stark auseinander. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, dass bis 2030 der Stromverbrauch bilanziell übers Jahr gesehen zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird. Dafür müssten 27 Terawattstunden (TWh) zugebaut werden. Die Ziele der Bundesländer ergeben derzeit nur 10,7 TWh. 16,3 TWh bzw. 60 Prozent des erforderlichen Ausbaus seien damit noch in abgeklärt, geht aus der Energieagentur-Studie im Auftrag des Branchenverbands Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) hervor. Bei der Wasserkraft fehlen bei den Länderzielen rund 2 TWh auf das nationale Ziel eines Ausbaus um 5 TWh, bei Windstrom sind es rund 5 TWh bei 10 TWh Ausbaubedarf. Die größte Differenz gebe es bei der Photovoltaik, so Studienautor Günter Pauritsch: Das nationale Ausbauziel von 11 TWh wird von den Länderzielen in Summe um 8 TWh verfehlt. Die Potenziale für den Erneuerbaren-Ausbau in einem solchen Ausmaß sind laut Studie vorhanden. Bei der Wasserkraft sind es 15 TWh, allerdings inklusive von Restpotenzialen an der Donau in Niederösterreich. Die meisten Potenziale für die Wasserkraft werden in Tirol und Salzburg gesehen, während in Wien und im Burgenland kein Ausbau als möglich erachtet wird. Das realisierbare Potenzial bei der Windkraft bis 2030 liegt bei 15 TWh, am höchsten ist es in Niederösterreich, im Burgenland und in der Steiermark. Bei der Sonnenenergie könne das Potenzial auf Gebäuden durch geeignete Rahmenbedingungen erhöht werden, als realisierbar werden derzeit 4 TWh gesehen. Der Rest des Zubaus müsste wohl auf Freiflächen entfallen. Die besten Möglichkeiten für einen PV-Ausbau gibt es laut Studie in Niederösterreich (2,7 TWh), der Steiermark (1,9 TWh) und Oberösterreich (1,9 TWh). Insgesamt seien die Ausbauziele in enger Zusammenarbeit erreichbar, so Pauritsch. Die Potenziale seien vorhanden, es gelte, sie möglichst rasch und effizient zu nutzen. Nötig seien ein klares Commitment der Länder zu den Bundeszielen, Verschränkungen unter den einzelnen Bundesländern sowie eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern, so EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtel-Grundig. Mit dem Klimaschutzgesetz bzw. 15a-Vereinbarungen könnte die Kooperation bekräftigt werden, so IG-Windkraft-Geschäftsführer Stefan Moidl. Um den Ausbau voranzutreiben, seien unter anderem bessere Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau und raschere Genehmigungsverfahren nötig, betonten die Branchenvertreter am Donnerstag in einer Online-Presskonferenz. Die Ziele von Bund und Ländern weichen auch bei der Reduktion von Treibhausgasen voneinander ab. Österreich hat sich gegenüber der EU verpflichtet, die nicht dem Emissionshandel zugeschriebenen Emissionen bis 2030 um 36 Prozent zu reduzieren. Sie wurden von 2005 bis 2017 nur um 9 Prozent gesenkt. Die Summe der Länderziele liege bei rund 30 Prozent. APA 14 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

Wien, 07. Apr. 2021

Zeitnahe Lösungen für eine erfolgreiche Implementierung und Nutzung Für eine erfolgreiche Energiewende muss der Übergang in eine klimaschonende Versorgung mit primären und sekundären Energieträgern sicher und nachhaltig gewährleistet werden. Zentrales Element beim Energiemix der Zukunft wird Biomethan einnehmen, da die Möglichkeit besteht etablierte Verbrennungssysteme und bestehender Infrastruktur wie beispielsweise dem Erdgasnetz oder Erdgasspeicher zu nutzen sowie Wasserstoff beizumischen. Zudem kann Biomethan aus organischen Stoffen durch mikrobiologische Abbauprozesse sowie auch durch mikrobiologische oder katalytische Prozesse direkt aus CO₂ und H₂ erzeugt werden. Der IEA Bioenergy (International Energy Agency Bioenergy) Workshop „Biomethan“, organisiert durch die österreichischen Vertreter im Task 37 der IEA Bioenergy und die Universität für Bodenkultur Wien, IFA Tulln, wird die unterschiedlichen Aspekte von Biomethan bezüglich Zertifizierung, Legislative,

Anwendungsbeispiele, Finanzierung und auch Forschung und neue Entwicklungen im Bereich der Methanisierung beleuchten. Der englischsprachige Workshop findet am 15.04.2021 (09:00-16:00 Uhr) statt. Neben nationalen Beiträgen werden Umsetzungslösungen und Anwendungsbeispiele aus anderen Ländern wie Deutschland, Schweiz, Großbritannien, Schweden und den USA präsentiert: Task 37 der IEA Bioenergy beschäftigt sich mit dem Thema „Energie aus Biogas“. Neben der Biogasgewinnung ist auch die Einbindung von Biogas und Biomethan in lokale und regionale Stoff- und Energieströme ein zunehmend wichtiges Thema im Task. Der Workshop findet im Rahmen des internationalen Task-Meetings statt, welches in seiner nun dritten reinen Onlinevariante und dieses Mal durch die österreichischen Vertreter im Task 37 der Internationalen Energie Agentur Bioenergie (IEA Bioenergy) und die Universität für Bodenkultur Wien, IFA Tulln organisiert wird. Der Workshop ist gratis und Sie können sich formlos unter der folgenden Emailadresse register.biomethane@boku.ac.at registrieren. Bei Fragen können Sie sich unter biomethane@boku.ac.at an den Organisator Dr. Günther Bochmann wenden. Dr. Günther Bochmann Universität für Bodenkultur Wien Department IFA Tulln Institut für Umweltbiotechnologie Link zum Workshop Programm https://nachhaltigwirtschaften.at/de/iea/veranstaltungen/2021/202104_15-workshop-biomethane.php 15 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Gerhard Höltmann, Leiter der Business Area Industry & Energy Österreich bei TÜV Austria, über gestiegene Blackout-Gefahr und die Awareness in der heimischen Industrie. FACTORY: Herr Höltmann, welche Lehren muss man aus dem Frequenzabfall im Jänner ziehen? Gerhard Höltmann: Die Ereignisse zu Jahresbeginn zeigen, dass Europas Stromversorgung zwar zu den verlässlichsten der Welt zählt, aber dennoch seit Jahren die Wahrscheinlichkeit für ein Ereignis, wie wir es im Jänner hatten, steigt. Netzininstabilitäten gibt es im übrigen Hunderte Male im Jahr. Durch raschestes Eingreifen der Übertragungsnetzbetreiber bleiben sie nur von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Und wie hoch ist in Ihren Augen die Gefahr, dass derartiges wieder passiert? Höltmann: Österreichs Stromnetz ist Mitglied des europäischen Netzverbands. Eine Großstörung in einem europäischen Land kann sich innerhalb von wenigen Sekunden über weite Teile Europas ausbreiten. Vorwarnzeichen gibt es dafür keine. Wir haben in weiten Teilen Europas ein überaltertes Stromnetz, das an seinen Leistungsgrenzen arbeitet. Die Blackout-Gefahr ist wegen Umwelteinflüssen und dem rasanten Ausbau des europäischen Energiesystems in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Erneuerbare Energie aus Photovoltaikanlagen oder Windrädern führt zu noch nie dagewesener Schwankungsbreite in der Einspeisung. Die Wahrscheinlichkeit von Blackouts in Europa nimmt auch zu, weil verstärkt moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zur Steuerung der komplexen Stromnetze zum Einsatz kommen. Dadurch können Störungen auftreten, die die regionale und überregionale Stromversorgung gefährden. Die Digitalisierung macht das Netz zudem anfälliger für Cyberangriffe. Wie gut sind Ihrer Erfahrung nach die Industriebetriebe auf einen Frequenzabfall vorbereitet? Höltmann: Die Mehrheit der Industriebetriebe ist sich der Gefahr durch einen Blackout durchaus bewusst. Dieses Bewusstsein korreliert aber nicht mit einer entsprechenden Vorsorge in den Betrieben. Den gut abgesicherten Unternehmen steht hier eine durchaus hohe Zahl an Betrieben gegenüber, in denen die Blackout-Vorsorge ausbaufähig ist. Was raten Sie vor allem kleinen und mittleren Unternehmen? Wie können und wie weit sollen die sich schützen? Höltmann: Als TÜV Austria wollen wir auch in diesem Bereich informieren und servicieren -Eigentümer, Geschäftsführer und für die infrastrukturelle Sicherheit verantwortliche Mitarbeiter für diese potenzielle Gefahr sensibilisieren. Dazu erarbeiten wir individuell auf jedes Unternehmen zugeschnittene Maßnahmenpläne und Checklisten, wie sich ein Unternehmen für den Ernstfall rüsten kann und was es dazu braucht. Vom Notfallplan und Notbetrieb, Fragen der Energieversorgung bis zur Kommunikation und betriebsinternen Rettungsaktionen. Nur dadurch können Schäden minimiert oder verhindert werden. Interview: Bernhard Fragner Factory, 07.04.2021, S. 24 16 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Bis zum Jahr 2050 will Shell Schmierstoffe CO₂-neutral werden. "Um der wachsenden Nachfrage nach klimafreundlicheren Produktalternativen gerecht zu werden, hat Shell nun mehrere Initiativen gestartet, die darauf abzielen, die Emissionen ihrer Schmierstoffe zu reduzieren oder auszugleichen", sagt Friedrich Hartmann von Haberkorn, dem exklusiven Vertriebspartner für Shell Schmierstoffe in Österreich. "Etwa durch den Bau von Solaranlagen, die teilweise Verwendung von recyceltem Harz im Flaschenportfolio oder den Ankauf von extern verifizierten Emissionszertifikaten." Mit dem "Carbon Neutral"-Programm wird Shell in Europa ab heuer CO₂-Emissionen von mehr als 60 Millionen Litern Schmierstoffen pro Jahr ausgleichen. Dabei werden jährlich 280.000 Tonnen CO₂-Emissionen über den gesamten Produktzyklus hinweg kompensiert. Factory, 07.04.2021, S. 10 17 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Wie gut ist Österreichs Industrie auf einen Blackout vorbereitet? Peter Loidolt, Vertriebsleiter von Sapotec, über die Gefahr weiterer Störfälle, die Awareness bei den KMU und den Druck seitens der Politik. FACTORY: Herr Loidolt, was haben wir im Jänner erlebt? War das ein Blackout, wie meist zu lesen war? Peter Loidolt: Es war ein Frequenzeinbruch, eine gravierende Störung im europäischen Stromnetz. Hätten die Energieversorger nicht gegengesteuert, hätte es aber zu einem Blackout kommen können. Es war also kein Super-GAU, aber es war knapp davor. Die EVU haben also professionell reagiert? Loidolt: Ja, die haben das Thema auch schon seit langer Zeit auf dem Schirm. Und vor allem ist die internationale Vernetzung sehr engmaschig. Wenn in Norwegen ein Knopf in der Leitung entsteht, bekommen das auch die Kollegen in Sizilien sehr schnell mit. Wird die Gefahr durch die Erneuerbaren tatsächlich größer? Loidolt: Vor allem durch den Ausbau der Windkraft kommt es immer wieder zu massiven Lastschwankungen, die man ausgleichen muss. Ich höre von den Kollegen der Austrian Power Grid, dass es früher zu zwei bis drei Eingriffen pro Monat kam -heute gilt das fast täglich. Hier müssen also relativ häufig Regelmaßnahmen ergriffen werden, um einen Frequenzeinbruch zu vermeiden. Die Netze müssen sich in einem relativ engen Frequenzband rund um 50 Hertz bewegen. Werden die Grenzen überschritten, muss man gegensteuern, und dann kann es dazu kommen, dass durch Lastwechselreaktionen gewisse Netzteile abgeschaltet werden müssen. Und das kann einen Domino-Effekt auslösen. Wie groß ist denn die Gefahr, dass es wieder einmal knapp wird? Die Erneuerbaren werden ja weiter ausgebaut. Loidolt: Wir werden es häufiger erleben. Und nicht alles, was bisher geschehen ist, hat es auch in die Medien geschafft. Die Windparks, die in der Nord- und der Ostsee errichtet werden, sind ein Faktor, keine Frage. Die erzeugte Energie muss ja irgendwo hin. Daher gehen auch viele Energieversorger den Weg, Speicherinseln aufzubauen, in denen Energie gepuffert werden kann. Es gibt auch die Tendenz, Energie in großen Rechenzentren zwischenspeichern. Ich erwarte durchaus weitere Zwischenfälle, aber Stromausfälle von mehr als einem Tag kann ich mir nicht vorstellen. Mit der großen Katastrophe rechne ich definitiv nicht. Das Thema wird meist auf der Ebene eines Ausfalls des Kühlschranks verhandelt. Tatsächlich kritisch sind Infrastruktur und Industrie. Ich gehe davon aus, dass die Konzerne vorbereitet sind - die KMU auch? Loidolt: Hier ist die Bandbreite sehr groß. Die Konzerne sind im Allgemeinen hervorragend vorbereitet. Und ich schätze, dass rund ein Drittel der mittelgroßen Unternehmen im Sinne unterbrechungsfreier Stromversorgung vorgesorgt hat. Bei den anderen spüre ich aber steigendes Bewusstsein für das Thema. Es gibt hier ja mehrere Ansätze: etwa die USV, die mir über einen gewissen Zeitraum die Spannung aufrechterhält. Da sprechen wir in der Regel von 30 bis 60 Minuten. Ein Teil der Vorbereitung ist auch, dafür zu sorgen, dass man im Fall des Falles kritische Prozesse sauber herunterfahren kann. Über einen längeren Stromausfall haben sich viele allerdings noch keine Gedanken gemacht. Denn dann benötigt man ein Aggregat mit einer vernünftigen Überbrückungszeit. Und hier muss man gut überlegen, was man will: Will man den Betrieb aufrechterhalten? Kennt man überhaupt die kritischen Prozesse im Unternehmen? Es gibt ja Unternehmen - denken Sie etwa an die chemische Industrie -, die ihre Fertigungsprozesse über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten müssen. Die werden um ein Notstromaggregat mit entsprechender Treibstoffversorgung nicht herumkommen. Vor allem

letzteres haben manche interessanterweise nicht auf dem Radar. Wir haben in diesem Land zum Beispiel viele Tankstellen, aber fast keine ist mit einem Notstromaggregat ausgestattet. Das wundert mich immer wieder. Was nutzen mir die tollsten Notstromaggregate, wenn ich keinen Sprit bekomme? Hat das mediale Blackout-Szenario hier ein bisschen geholfen? Loidolt: Die Awareness ist gestiegen, und wir erleben einen gewissen Sog vom Markt, ja. Manche gehen allerdings ein bisschen blauäugig an das Thema heran, mit wenig Hintergrundwissen. Wie kostspielig ist es eigentlich, ein KMU diesbezüglich gut auszustatten? Loidolt: Das ist natürlich individuell unterschiedlich. Kann man das Aggregat etwa im Freien aufstellen, ist es eine recht einfache Übung. Komplizierter wird es, wenn man es in einem einem Gebäude oder im geschlossenen Verband unterbringen muss. In Wien zum Beispiel besteht eher selten die Möglichkeit, Aggregate im Außenbereich aufzustellen. Da muss man in das Gebäude hinein oder auf das oder auf dem Dach und das erhöht die Kosten. zu installieren. Teuer ist dann nicht das Aggregat, teuer kann die erforderliche Infrastruktur, wie Lüftungs- und Abgasanlage, sowie der Tank werden. Nicht zu vergessen auch die entsprechenden Adaptierungen am elektrischen System im Gebäude. Unsere Aufgabe ist es dann, mit dem Kunden die für ihn passende und wirtschaftlich optimale Lösung zu finden. Hat die Politik das Thema ausreichend auf dem Radar? Loidolt: Seitens der Politik wurde die Problematik erkannt. Einige Bundesländer sind hier aktiver, andere weniger. In Kärnten wurde ein Begutachtungsentwurf für Kärntner Bauvorschriften vorgelegt, wonach bei Neubauten die Notstromeinspeisung gleich mitgeplant werden soll. In der Steiermark gibt es ähnliche Tendenzen, hier geht es in Richtung der Feuerwehren. Auch die Kommunen werden immer häufiger aufgefordert, in ihrem Wirkbereich "Leuchttürme" zu errichten. Etwa, indem man die Feuerwehr-Rüsthäuser mit fixen Aggregaten ausstattet, von denen die Bevölkerung im Störfall profitieren kann. Auch in Niederösterreich gab es am 25.02.2021 vor kurzem einen ähnlichen Landtagsbeschluss, wo die Ausarbeitung von Blackout-Notfallplänen für Gemeinden und Sicherstellung der Energieversorgung für lebensnotwendige Infrastruktur auf Schiene gebracht wurde. Hier sehe ich schon einiges in Bewegung, das Bewusstsein steigt durchaus. Interview: Bernhard Fragner Factory, 07.04.2021, S. 22-23 18 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Warum mit dem EAG im Gleichschritt der rasche Ausbau der Stromnetze erfolgen muss, erklärt IV-Präsident und Maschinenbauunternehmer Georg Knill im Interview. 1 **INDUSTRIEMAGAZIN:** Wie hat eine vernünftige Klimapolitik aus gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Sicht auszusehen? Georg Knill: Vernünftige Klimapolitik muss so gestaltet werden, dass dem Klima geholfen wird, aber Produktion im Land weiter möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Das sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und damit den sozialen Frieden -all das brauchen wir, wenn wir die Menschen bei der Bekämpfung des Klimawandels nicht verlieren wollen. Sich immer höhere -und zudem unerreichbare - Klimaziele zu setzen, während andere Weltregionen weitermachen wie bisher, verlagert das Problem nur. Umso mehr müssen wir die Industrie als Innovationsmotor und Technologietreiber in Europa halten und stärken. Denn die Industrie bekennt sich zum Klimaschutz. Sie ist schon längst nicht mehr Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. 2 **Stichwort EAG:** Welche Folgewirkungen erwarten Sie sich in puncto angestrebter Energiewende? Knill: Rund 20 Prozent des Endenergieverbrauchs unserer Volkswirtschaft entfallen auf Strom. Wenn es mit dem EAG gelingt, diesen Anteil -der mit zunehmender Elektrifizierung etwa des Verkehrs und der Haushalte noch weiter zunehmen wird -auf erneuerbare Energie umzustellen, dann ist ein wichtiger Mosaikstein für die Transformation gelegt. Einhergehen muss der rasche Ausbau der Stromnetze, denn sonst haben wir ein Blackout und nicht die Energiewende. 3 **Welche Anreize für eine noch nachhaltigere Unternehmensführung sollten jetzt geschaffen werden -speziell für energieintensive Industriebranchen?** Knill: Österreich hat eine international erfolgreiche, energieintensive Industrie, die für mehr als 390.000 Arbeitsplätze steht. Wenn energieintensive Branchen nachhaltiger werden sollen - und im Allgemeinen ist damit deren Dekarbonisierung gemeint -, bedeutet das, dass die damit verbundenen höheren Kosten kompensiert werden müssen. Denn

erneuerbare oder CO₂-freie Energie ist natürlich teurer. Trotzdem müssen wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Standort erhalten. Damit das gelingen kann, fordert die IV die Schaffung und ausreichende Dotierung eines Transformationsfonds für die energieintensive Industrie durch die Bundesregierung. 4 Welche Implikationen haben grüne Finanzierungsformen speziell in einer jetzt einsetzenden Aufschwungdramaturgie? Knill: Ein erheblicher Anteil des investitionsgetragenen Wiederaufschwungs Post-Corona wird auf Investitionen entfallen, die der Digitalisierung sowie der Energie- und Mobilitätswende zugutekommen. Angesichts des enormen Finanzierungsvolumens sind alle Finanzierungsformen zu begrüßen, welche die Finanzierungskosten möglichst gering halten können. Green Finance kann dabei aller Voraussicht nach einen wesentlichen Beitrag leisten. 5 Inwiefern ist Ökologisierung ein Generationenthema - und braucht es Idealisten wie Greta Thunberg auch in den Unternehmen? Knill: Nachhaltigkeit ist ein zentrales Anliegen in Österreichs Unternehmen, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial. Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit. Wir haben nicht nur die Thunbergs dieser Welt in unseren Unternehmen, sondern auch die Düsentriebs, die mittels Innovationen diese auch umsetzen. Ökologisierung ist immer auch ein Generationenthema. Denn Nachhaltigkeit bedeutet, dass ich mein eigenes Handeln in Bezug auf mögliche Konsequenzen für kommende Generationen hinterfrage. Es ist daher immer zu begrüßen, wenn sich junge Menschen mit der Zukunft auseinandersetzen. Sie haben mitunter eine andere Sicht auf die Dinge, sie erweitern Perspektiven und bereiten so den Boden für neue, innovative Lösungen, Fähigkeiten, die in der Gesellschaft und in den Unternehmen gebraucht werden. Industriemagazin, 07.04.2021, S. 52-53 19 0 161774640007 701617746400 Weiter zum Artikel

07. Apr. 2021

Christoph Unger leitet seit März die Geschäftseinheit für nachhaltige Energielösungen bei Rittal Österreich. Mit seinem neuen Job erfüllt sich der ausgebildete Bio- und Umweltressourcenmanager einen Traum. Das System-Handbuch 36,1192 Seiten stark, bietet einen durchaus vollständigen Überblick über das Portfolio von Rittal. Für ihn, den neuen Mann in der österreichischen Vertriebsniederlassung des Hessener Systemanbieters für Schaltschrankbau, Stromverteilung, Klimatisierung und IT-Infrastruktur, ist das Studium des Standardwerks eine Selbstverständlichkeit: Christoph Unger, seit Anfang März an Bord und hierzulande Leiter der neu im Unternehmen geschaffenen Business Unit Energy & Power Solutions, kommt als Quereinsteiger, bringt jedoch genau jenes Wissen und jene Erfahrung ein, die jetzt gefragt sind. Als Absolvent des Boku-Studiums Umwelt- und Bioressourcenmanagement, Diplomand bei MAN in München und zuletzt viereinhalb Jahre Energieeffizienzexperte beim Elektrogroßhändler Rexel Austria wird für Unger in seinem jüngsten Betätigungsfeld nun ein Traum wahr: Rittal ist Ausstatter und Lösungsanbieter bei Smart Grids und intelligenten Stromnetzen, beherrscht die Stromverteilung und sorgt für optimale Klimatisierung von Industrieaggregaten, "nirgendwo also könnte ich besser die Energiewende mitgestalten", sagt Unger. EEG soll Investitionsklima schaffen. Triebfeder für das neue Geschäftssegment der Herborner, die bereits im Bereich Schaltschränke und Stromverteilungslösungen die Basis für die Energiewirtschaft schufen, ist hierzulande das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, das den Weg für Milliardeninvestitionen bis 2030 ebnet. "Mit dem Beginn der Viruspanemie ging das Umsetzungstempo in Sachen Ökologisierung etwas verloren, doch nun kommen wir von einem schleichenden in einen sehr dynamischen Prozess", schildert Unger. Was das auf die Rittal-Organisation umgemünzt bedeutet, weiß auch Rittal Österreich-Vertriebsleiter Peter Payr: "Wir wollen unsere Stärken einer klassischen Vertriebsorganisation überall dort ausbauen, wo sich durch neue Technologien neue Bedarfe auftun", sagt er. Ein Blick über den Tellerrand, wenn man so will, der auch als Lösungsconsulting interpretiert wird. Flexible Organisationseinheit. Aktuell sieben Mitarbeiter habe die Abteilung in Wien, die Fähigkeit, "auf den Wandel sehr flexibel und schnell zu reagieren", zeichne diese aus, hört man bei Rittal. Etwa bei der Errichtung noch effizienterer Windkraftanlagen, in deren Gondel Rittals Schaltschranktechnologie (VX25) und Niederspannungshauptverteiler (VX 25 Ri4Power) zum Einsatz kommen -oder der stärkeren

Durchdringung der Anlagenparks mit hocheffizienten Klimageräten (wie etwa Blue e+). Dass Mehrwert dabei künftig noch viel stärker in der Cloud entsteht, gilt für Christoph Unger, geboren und aufgewachsen in Steyr, übrigens als ausgemacht. "Kunden entsteht so etwa bei der Planung einer Schaltanlage mit Softwaretools unserer Schwesterfirma Eplan ein Riesenhebel für eine deutlich höhere Effizienz im Engineering", sagt er. Die nächsten Wochen will Unger nun dazu verwenden, mit den Kollegen der vier Rittal-Standorte Wien, Linz, Graz und Lustenau als Business Unit eins zu werden. Industriemagazin, 07.04.2021, S. 56-57 20 0 161774640004 401617789300 Weiter zum Artikel

London, 07. Apr. 2021

Der Ölkonzern Shell hat mit der Ölförderung im ersten Quartal erstmals seit Beginn der Coronapandemie wieder Geld verdient. Das Geschäft mit der Erkundung und Förderung habe von den gestiegenen Rohölpreisen profitiert, teilte das Unternehmen am Mittwoch in Den Haag mit. Das bereinigte Ergebnis des Bereichs dürfte daher im schwarzen Bereich liegen. Die zeitweilige Unterbrechung der Öl- und Gas-Produktion durch die Winterstürme in Texas werde den bereinigten Gewinn des Konzerns jedoch mit bis zu 200 Mio. US-Dollar (169,32 Mio. Euro) belasten. Im Gegensatz zu anderen Unternehmensteilen wie der Raffinerie-Sparte hatte das Ölgeschäft des Konzerns wegen des Verfalls der Energiepreise infolge der Pandemie 2020 durchgängig Verluste geschrieben. Auch im Raffinerie- und Kraftstoffsegment habe sich die Entwicklung im Vergleich zum vierten Quartal etwas verbessert, hieß es nun. Das Geschäft war trotz der Pandemie auch im vergangenen Jahr größtenteils profitabel geblieben. APA/dpa-AFX 21 0 161774640004 401617790320 Weiter zum Artikel

Ankara/Athen/Nikosia, 07. Apr. 2021

Die griechische Regierung hat den Besuch der EU-Spitze beim türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zurückhaltend kommentiert. "Die EU hat eine positive Agenda mit der Türkei", lobte Regierungssprecherin Aristotelia Piloni am Mittwoch gegenüber dem griechischen Radiosender Skai. "Es gibt aber viele Bedingungen, und Ankara wird

"noen.at" gefunden am 09.04.2021 05:54 Uhr

FF-Landesvize Boyer: „Müssen Gürtel enger schnallen!“ .

Landeskommandant-Stellvertreter Martin Boyer über seine neue Aufgabe und Sorgen der Feuerwehren in der Corona-Zeit.



NOEN

Der Kremser Bezirksfeuerwehrkommandant Martin Boyer ist nun auch Landeskommandant-Stellvertreter. Die NÖN bat ihn zum Interview.

NÖN: Warum haben Sie sich um diese Führungsposition beworben?

Boyer: Meine Motivation ist, im Feuerwehrwesen aktiv mitgestalten zu können und neben den Feuerwehren im Bezirk Krems auch für alle NÖ Feuerwehren mein Bestes geben zu dürfen.

Was können Sie mehr bewirken als in Ihrer bisherigen Funktion, als Sie „nur“ Bezirksfeuerwehrkommandant waren?

Es ist die zweithöchste Position im Feuerwehrwesen Niederösterreichs und man hat Zugang zum höchsten Gremium, dem Landesfeuerweherrat. Dort werden die richtungsweisenden Entscheidungen getroffen.

Sie sind im Brotberuf Beamter und an das Landesfeuerwehrkommando verleast. Kann eine so zeitintensive Funktion heute überhaupt noch jemand anderer wahrnehmen, der nicht quasi „freigestellt“ ist?

Es ist prinzipiell schon möglich. In der Privatwirtschaft braucht man natürlich enormen Rückhalt des Arbeitgebers und der Familie. Mein Vorgänger Armin Blutsch hat es vorgezeigt. Er ist aus der Privatwirtschaft gekommen und hat seine Funktion über viele Jahre erfolgreich ausgeübt.

Hat Ihr Engagement auf Landesebene mehr Vor- oder Nachteile für den Bezirk? Sie haben Zugang zur Spitze der Landesfeuerwehr, können aber auch weniger Zeit für die eigenen Wehren aufbringen ...

Die Vorteile überwiegen. Im Bezirk Krems gibt es ein sehr gutes Team mit meinem Stellvertreter Engelbert Mistelbauer und dem Verwaltungsteam um Christian Schopper, wo ich hundertprozentige Unterstützung habe. Wir sind sehr gut aufgestellt. Mein Stellvertreter ist bereit, Agenden zu übernehmen, wenn ich Zeit im Land aufwenden muss.

Haben Sie Ihr Team gefragt?

Freilich! Es hat sehr viele intensive Gespräche über einen längeren Zeitraum gegeben. Natürlich war mir die Unterstützung meiner engsten Mitarbeiter sehr wichtig.

Und die Familie war auch einverstanden?

In meiner Familie hat es die noch intensiveren Gespräche gegeben. Die neuen Aufgaben sind zeitintensiv, andererseits kann man auch viel bewegen. Meine gesamte Familie, im Besonderen meine Frau Daniela, unterstützt mich sehr.

2020 ist durch die Pandemie viel an Geselligkeit und Gemeinschaft verloren gegangen. Sie haben einmal gesagt: „Wir rosten ein!“ Wird die Absage von Bewerbungen und Festen von der Basis noch mitgetragen?

Die Feuerwehren sind sehr gut strukturiert und aufgestellt, natürlich wissen sie auch um die Bedeutung ihrer Aufgaben und der Sicherheit Bescheid. Unsere oberste Maxime ist, dass wir einsatzbereit bleiben. Das ist der Hauptgrund, warum die Feuerwehren noch immer mitziehen bei diesen Maßnahmen. Wir sind da, um der Bevölkerung zu helfen. Wir dürfen nicht ausfallen. Dass wir „einrosten“ ist definitiv: Wir sind ja sehr gesellschaftlich orientiert – bei Bewerbungen und Festen, aber auch die Kameradschaft innerhalb der Wehren wird großgeschrieben. Vor allem die Jugend will ja auch was erleben in der Feuerwehr. Jetzt, in der Pandemie, sind wir da sehr eingeschränkt. Schweren Herzens haben wir auch heuer wieder landesweit sämtliche Bewerbungen absagen müssen.

Feste sind ja auch nötig, um Geld aufzustellen, etwa für das neue Fahrzeug. Ist hier die Lage schon dramatisch?

Freilich trifft uns das, speziell, wenn etwa eine Feuerwehr in der Endphase der Anschaffung eines Fahrzeugs ist. Es heißt jetzt, den Gürtel enger schnallen. Es werden schon eiserne Reserven angezapft und einige Projekte verschoben. 2021 wird extrem schwierig. Wenn wir 2022 wieder keine Feste machen könnten, würde es problematisch.

Was sind die dringendsten Anliegen im Bezirk?

Wo wir dran sind, ist der Umbau unserer Bezirksalarmzentrale in Krems. Wir sind da auf einem sehr guten Weg und mit der Einführung unseres neuen Einsatzleitsystems wollen wir eine sehr moderne Alarmzentrale für unsere Disponenten und ein entsprechendes Know-how für unsere Feuerwehrkommandanten und die Einsätze bieten. Was die Vorbereitung auf Wald- und Flurbrände betrifft, sind wir in NÖ federführend, haben uns in Portugal schlau gemacht und mit den Franzosen Kooperationen gebildet. Wir sind auch in gutem Kontakt mit der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien und beobachten das Geschehen im Zusammenhang mit der Klimaprognose. In fünf bis zehn Jahren werden wir verstärkt gefordert sein. Es gibt auch bereits eine kleine Spezialtruppe im Bereich von Paudorf, die sich im Sonderdienst Waldbrand vorbereitet. Und wir werden auch sämtliche Feuerwehren im Bezirk auf diesem Gebiet einer speziellen Schulung unterziehen.

Mehr als zehn Prozent der Mitglieder sind weiblich. Der Frauenanteil steigt. Finden Sie das gut?

Das finde ich sehr gut, und das wird von mir sehr forciert. Im Bezirkskommando ist die Stellvertreterin des Leiters des Verwaltungsdienstes eine Frau. Petra Herndler macht ihre Arbeit sehr gut. Wir haben erstmals zwei Feuerwehrkommandantinnen. In vielen Bereichen sind wir mit Frauen gesegnet. Es ist gut, dass wir uns durchmischen. Die Richtung stimmt, und bei der Feuerwehrjugend ist der Mädchenanteil noch höher. Das wirkt sich dann in der Zukunft positiv aus.

Stichwort Feuerwehrjugend: Wie läuft es da?

Da tut uns die Corona-Krise am meisten weh. Aber wir sind bemüht, Aktivitäten aufrecht zu erhalten. Bis zu zehn Jugendliche können sich in der Feuerwehr treffen und auch etwas gemeinsam üben. Aber das sind nur Grundsteine. Wenn die Pandemie vorbei ist, werden wir diesen Bereich erneut stark forcieren und dafür sorgen, dass wieder viele Junge zu uns zur Feuerwehr kommen.

"Wiener Zeitung" vom 09.04.2021 Seite: 1 Ressort: Titelseite Abendausgabe, Morgenausgabe

Fruchtbare Böden – eine schwindende Lebensgrundlage

Wien. Täglich geht weltweit mehr fruchtbarer Boden verloren, als sich neuer bilden kann. Neben der Versiegelung ist es die Verdichtung durch schwere Agrar-Maschinen, die den Boden, von dem unser Leben abhängt, am meisten bedroht. Verdichteter Boden ist tendenziell ein toter Boden, weil die Milliarden von Mikroorganismen offene Poren und Luft brauchen, um neuen fruchtbaren Boden bilden zu können. Nicht zuletzt ersticken die Regenwürmer, deren Beitrag zu unserem Überleben immer noch stark unterschätzt wird.

Der Bodenforscher Walter Wenzel von der Universität für Bodenkultur in Wien ist daher der Überzeugung, dass uns nur eine mehr oder weniger radikale Ernährungsumstellung vor den Folgen des Bodenverlusts bewahren kann. Das Leben in der Erde zu verlieren, würde auch bedeuten, jenes auf ihr zu verlieren.

"Wiener Zeitung" vom 09.04.2021 Seite: 17 Ressort: Feuilleton Von: Cathren Landsgesell Abendausgabe, Morgenausgabe

Der schleichende Verlust

Der fruchtbare Boden in Österreich ist im Durchschnitt etwa ein Meter hoch. Für den Meter brauchte er 11.000 Jahre.

Von Cathren Landsgesell

Österreich verliert jährlich durchschnittlich 44 Quadratkilometer biologisch produktiven Bodens. Das ist eine Fläche so groß wie Eisenstadt. Diese 44 Quadratkilometer, die das Umweltbundesamt errechnet hat, sind aber lediglich eine Schätzung. Rund 30 bis 40 Prozent davon verschwindet unter Asphalt und Beton. Diese Versiegelungsverluste sind nicht das größte Problem, sondern, dass der überwiegende Teil dieses Bodenverlustes „schleichend“ passiert, wie Walter Wenzel erläutert. Schleichend, da dieser Verlust an Boden ganz unmittelbar damit zusammenhängt, wie wir ihn nutzen.

Schleichender Verlust

Walter Wenzel ist Bodenforscher an der Universität für Bodenkultur (Boku). Er leitet dort unter anderem eine Arbeitsgruppe, die sich mit Bodenschutz und der Wechselwirkung zwischen Boden und Pflanzenwurzeln beschäftigt. „Die Bodenverdichtung in der Land- und Forstwirtschaft ist flächendeckend wirksam, aber nicht so leicht erkennbar, wie die Verluste durch Versiegelung“, sagt er. Wenn schwere Maschinen Äcker und Wälder befahren, kann das den Boden nachhaltig zerstören und aus einem fruchtbaren Boden ein verdichtetes Stück Erde machen.

Wenn man von „fruchtbarem“ Boden“ spricht, meint man in der Regel nur die organische Schicht des Bodens, den Humus, der erst durch die Aktivität von zahllosen Mikroorganismen, Pilzen, Insekten und Würmern entsteht und sich durch diese stetig verändert und – so ist es zumindest gedacht – auch stetig erneuert. Für den 2015 erschienenen „Bodenatlas“ wurde errechnet, dass unter einem Hektar Fläche 15 Tonnen Bodenlebewesen leben, das sind 1,5 Kilogramm pro Quadratmeter. Es sind vor allem Bakterien und Pilze, aber auch Algen, Fadenwürmer, Springschwänze, Milben und Asseln. Diese Lebewesen sorgen für die Durchlüftung des Bodens, sie schaffen die Poren, damit der Boden Wasser speichern kann und machen die Erde durchlässig, sodass Pflanzen überhaupt wurzeln können und versorgen sie mit Nährstoffen. Ohne dieses Bodenleben gäbe es keine Nahrung auf dieser Erde. Unsere Nährstoffe haben alle ihren Ursprung in den Stoffwechselprozessen des Bodens und der Aktivität seiner Mikroorganismen. „Der Humus ist für die Fruchtbarkeit, für die Wasserspeicherung, die Filtrationswirkung und für alle biologischen Umsetzungen unverzichtbar“, so Wenzel. Speziell über das sogenannte Mikrobiom des Bodens, die unzähligen Bakterien und Pilze weiß man nichtsdestotrotz bis heute allerdings relativ wenig.

Boden ist das verwitterte geologische Material und biologisch angereicherter Humus. „Mikroorganismen beschleunigen die Geschwindigkeit der Verwitterung. Das Auflösen von Mineralien, die Umwandlung von Glimmer oder Feldspat in Tonmineralen, die Bildung von Eisenoxiden, die den Boden dann braun färben usw. gehen auf die Mikroorganismen zurück“, so Wenzel. Boden besteht zu jeweils einem Viertel aus Luft und aus Wasser. Hinzu kommen Tonmineralien, Gesteine, Schluff und Sand, die nicht organisch sind. Nur fünf Prozent des Bodens sind organisches Material, achtzig Prozent davon wiederum sind Humus. Dieses Verhältnis von organischen und nichtorganischen Anteilen im Boden ist wichtig für die Fruchtbarkeit eines Bodens und ist je nach Bodenart unterschiedlich. Es ist wichtig, dass der Anteil von Humus nicht zu hoch ist.

Humus entsteht durch den Abbau von pflanzlichem Material durch Bakterien und Pilze. Für die Entstehung von Dauerhumus aber sind vor allem die Regenwürmer zuständig: In ihrem Darm entsteht die dauerhafte Verbindung von Ton-Mineralien und Huminstoffen. Die chemischen

Prozesse im Inneren der Regenwürmer führen dazu, dass der Ackerboden oder das, was wir als „Erde“ bezeichnen, braun ist und gerade auf eine Weise krümelig, dass Pflanzen gut gedeihen, sich mit Wasser versorgen können, auch wenn es nicht regnet, und der Boden nicht einfach so wegerodieren werden kann. Ein Kubikmeter Boden kann etwa 200 Liter Wasser speichern. „Wenn man den Boden nun verdichtet, intensiv bewirtschaftet oder versiegelt, verschiebt sich die Zusammensetzung des Mikrobioms im Boden“, sagt Wenzel.

Ein Produkt der Evolution

Besonders die Verdichtung führt letztlich zu einem Luftmangel im Boden, zu Wasserstau und einer in Folge schlechteren Durchwurzelung des Bodens. Es kann sein, dass die Pflanzenwurzeln gar nicht mehr zu den tieferen Schichten vordringen können. „Im Extremfall kann das fruchtbare Bodenvolumen nicht ausgeschöpft werden, Pflanzen wie Mikroorganismen leiden unter Luft- und Sauerstoffmangel mit möglichen toxischen Wirkungen, und auch die Mineralisierung von Nährstoffen wie Phosphor und Stickstoff wird beeinträchtigt“, fasst Wenzel zusammen. Letztlich wird das ausgewogene Verhältnis von mineralischer und organischer Substanz im Boden gestört.

Die Böden in Österreich sind etwa 11.000 Jahre alt, also im Vergleich noch relativ jung, wie überall in Mitteleuropa, wo wiederkehrende Eiszeiten die Bodenbildung immer wieder zurückwarfen. Der Boden erreicht hier eine typische Stärke von etwa einem Meter mit deutlichen lokalen Unterschieden: In gebirgigen Regionen bzw. Lagen ist die Bodenschicht vielleicht nur wenige Millimeter stark, in anderen Bereichen kann sie aber auch eine Mächtigkeit von zwei Metern erreichen.

Für die Entstehung einer auch nur einen Millimeter starken Schicht braucht es ungefähr ein Jahr. Weil es dort keine zerstörerischen Gletscher gab, die den Prozess unterbrochen hätten, sind die Millionen von Jahren alten Böden der Tropen wesentlich mächtiger. Dort können es durchaus einige Dutzend Meter werden. Diese Böden sind allerdings relativ nährstoffarm.

Beziffern, wie viel vom österreichischen Boden noch intakt im Sinne eines lebendigen Bodens ist, ist kein leichtes Unterfangen. Man weiß, dass Österreich durch Erosion jährlich mehr Boden verliert, als neuer entsteht, aber die Belastungen für den Boden sind zu unterschiedlich, um sagen zu können, wie hoch der verbliebene Anteil gesunden Bodens noch ist. Neben Versiegelung und Verdichtung spielt auch die Kontamination von Böden eine große Rolle. Auch sie bringt das Gleichgewicht des Bodens ins Wanken. Die Gefahr für dieses einzigartige Produkt der Evolution ist jedenfalls groß. Den Boden schützen kann nach Ansicht von Walter Wenzel vor allem eines: eine Umstellung unserer Ernährung mit weniger Fleisch und basierend auf einer ökologisch verträglichen Landwirtschaft.

Foto: afp / Jean-Francoir Monier

"umweltberatung.at" gefunden am 08.04.2021 08:57 Uhr

Neues Angebot für geförderte Grünfassaden in Wien

Medieninformation: Expert*innen klären bei Vor-Ort-Beratungen die technischen Möglichkeiten zur nachträglichen Fassadenbegrünung – die Stadt Wien fördert die Umsetzung mit bis zu 6.880 EUR. (8. April 2021)







E-Mail Adressebestellen

Fassadenbegrünungen bringen die Natur in die Stadt zurück und kühlen graue Straßenzüge. Speziell für die Begrünung bestehender Gebäude wurde das modulare BeRTA-System gemeinsam mit der Stadt Wien entwickelt und bereits an über zehn Standorten in dicht verbauten Wiener Stadtgebieten erprobt. Die Begrünung besteht aus langlebigen Faserzement-Trägern mit Wasserreservoir und Spezialsubstrat, individuell auf die jeweilige Fassade angepassten Pflanzen und falls nötig einer Rankhilfe.

Der erste Schritt zur Begrünung ist ein geförderter Beratungstermin durch das Wiener Kompetenzzentrum für Gebäudebegrünung „GRÜNSTATTGRAU“. Wer diese Tage aktiv wird, sich unverbindlich informiert und dann einen Vor-Ort-Termin bestellt, hat die Chance, dass die eigene BeRTA-Begrünung noch bis zum Sommer errichtet wird. Die Fördertöpfe sind begrenzt, finanzielle Zuschüsse werden an Schnellentschlossene vergeben. Gefördert werden alle anfallenden Kosten mit insgesamt bis zu 6.880 EUR durch die Stadt Wien, das sind dank einer zusätzlichen Kofinanzierung seitens OekoBusiness Wien um 1.200 Euro mehr als bisher. Die komplette Begrünung ist damit bereits ab ca. 560 EUR Selbstbehalt pro Modul erhältlich, inklusive Beratung, Planung, Einreichung um Genehmigung und Errichtung von zwei Modulen inkl. Substrat und Pflanzen.

Pilotprojekte aus den letzten Jahren ergaben: Hausbesitzer- und Bewohner*innen werden bei Begrünungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden nicht nur von den Kosten sondern auch von behördlichen Auflagen und Genehmigungsverfahren abgeschreckt. Darum erfolgt die Umsetzung der BeRTA-Begrünung im Rahmen eines All-in-One-Pakets: Beim ersten Beratungstermin vor Ort klären die Expert*innen von GRÜNSTATTGRAU die individuellen Möglichkeiten am jeweiligen Gebäude. Im Zuge der weiteren Umsetzung begleitet das BeRTA-Team auch die behördliche Genehmigung, bietet rechtliche Unterstützung – beispielsweise für das Einholen der

erforderlichen einfachen Mehrheit unter den Gebäudeeigentümer*innen – und koordiniert die Errichtung aus einer Hand. Auch die Pflegeanleitung ist im Paket inbegriffen.

BeRTA wurde im Rahmen des Forschungsprojektes „50 Grüne Häuser“ gemeinsam mit der Stadt Wien entwickelt und erprobt. Im Herbst 2019 wurden an neun Gebäuden in Innerfavoriten in Summe 50 BeRTA-Module errichtet. Die Pflanzen entwickeln sich inzwischen bestens und die Zufriedenheit der Bewohner*innen ist hoch, wie Messungen der Universität für Bodenkultur und Befragungen bestätigen. Seit einigen Monaten gibt es auch in anderen Wiener Bezirken die ersten BeRTA-Projekte in Umsetzung. Die Begrünung einer Fassade eines denkmalgeschützten Gebäudes in der Rotenturmstraße, direkt beim Stephansdom ist bereits fertiggestellt. Weitere Projekte in Wieden, in der Josefstadt und am Alsergrund sind gerade in Planung.

Projektpartner*innen im Projekt 50 grüne Häuser:

tatwort

GRÜNSTATTTGRAU

Stadt Wien – Umweltschutz

Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Ingenieurbiologie und Landschaftsbau, Arbeitsfachgruppe Vegetationstechnik

DIE UMWELTBERATUNG

Dieses Projekt wird im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ realisiert. „Stadt der Zukunft“ ist ein Forschungs- und Technologieprogramm des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK). Es wird im Auftrag des BMK von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft gemeinsam mit der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH und der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) abgewickelt.

Fassadenbegrünungen sind wahre Multitalente, die nicht nur für sauberere Luft und ein positives Mikroklima sorgen. Sie halten die Gebäudeoberfläche und damit auch den Straßenraum kühler – die gefühlte Temperatur ist bis zu 13° niedriger. Durch den reduzierten Kühlbedarf tragen sie dazu bei, den CO₂-Ausstoß zu senken. Für Gebäude wirken Bauwerksbegrünungen wie Schutzschilder gegen Verwitterung und helfen, Sanierungs- und Wartungskosten zu senken. Zudem steigern Begrünungen nachweislich den Immobilienwert und erhöhen Lebensqualität und Gesundheit der Bewohner*innen.

BERTA-WEBINAR am 15. April 2021 von 10:30 - 11:00

Die Teilnehmenden lernen bei diesem Seminar das troggebundene Fassadenbegrünungsmodul BeRTA kennen. Sie erfahren, was die ersten Schritte zu einer begrünten Fassade sind und können individuelle Fragen stellen. Susanne Lins (tatwort) und Gerald Hofer (GRÜNSTATTTGRAU) stehen in diesem Webinar mit ihrer Expertise zur Verfügung.

Genauere Informationen und die Anmeldemöglichkeit zum Webinar gibt es für alle interessierten Wiener Stadtbewohner*innen und Gebäudeeigentümer*innen auf www.bera-modul.at oder auch einfach via Mail-Anfrage an info@bera-modul.at.

Hochauflösendes Bildmaterial steht unter diesem Link zum Download bereit:

<https://bit.ly/31B7lfy>

DI in Sabine Seidl

DIE UMWELTBERATUNG

Telefon: 01 803 32 32 - 72 mobil: 0699 189 174 65 sabine.seidl@umweltberatung.at

Das Foto ist zur Verwendung freigegeben, wenn im Beitrag DIE UMWELTBERATUNG erwähnt und die Fotoquelle angegeben wird. Bitte kontaktieren Sie uns, wenn Sie ein hochauflösendes Bild benötigen.

Presseauswendungen abonnieren

DIE UMWELTBERATUNG ist eine Einrichtung der VHS Wien, basisfinanziert von der Stadt Wien - Umweltschutz.

< Logo biologisch gärtnern © biologisch gärtnern "biologisch gärtnern" weiter Logo energie-fuehrerschein © DIE UMWELTBERATUNG energie-fuehrerschein weiter Logo Reparaturnetzwerk Wien © Reparaturnetzwerk Das Reparaturnetzwerk Wien weiter Logo DIE UMWELTBERATUNG Öko-Rein © Logo DIE UMWELTBERATUNG - ÖKOREIN ÖkoRein weiter Footer Öko-Textilien © DIE UMWELTBERATUNG Öko-Textil weiter Logo GreenGimix - nachhaltige Werbegeschenke © KW Open GreenGimix - nachhaltige Werbegeschenke weiter Logo DIE UMWELTBERATUNG Rezepte © DIE UMWELTBERATUNG Saisonale Rezepte weiter energie-fuehrerschein APP © DIE UMWELTBERATUNG energie-fuehrerschein App weiter Referenzprojekte © © Photocreo Bednarek Fotolia.com Referenzprojekte - DIE UMWELTBERATUNG weiter

>

"wienerzeitung.at" gefunden am 08.04.2021 16:54 Uhr

Ein Millimeter im Jahr

Der fruchtbare Boden in Österreich ist im Durchschnitt etwa ein Meter hoch. Für den Meter brauchte er 11.000 Jahre.



© afp / Jean-Francoir Monier.



Österreich verliert jährlich durchschnittlich 44 Quadratkilometer biologisch produktiven Bodens. Das ist eine Fläche so groß wie Eisenstadt. Diese 44 Quadratkilometer, die das Umweltbundesamt errechnet hat, sind aber lediglich eine Schätzung. Rund 30 bis 40 Prozent davon verschwindet unter Asphalt und Beton. Diese Versiegelungsverluste sind nicht das größte Problem, sondern, dass der überwiegende Teil dieses Bodenverlustes "schleichend" passiert, wie Walter Wenzel erläutert. Schleichend, da dieser Verlust an Boden ganz unmittelbar damit zusammenhängt, wie wir ihn nutzen.

Schleichender Verlust

Walter Wenzel ist Bodenforscher an der Universität für Bodenkultur in Wien. Er leitet dort unter anderem eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Bedeutung von Pilzen für die Neubildung von Boden beschäftigt. "Die Bodenverdichtung in der Land- und Forstwirtschaft ist flächendeckend wirksam, aber nicht so leicht erfassbar wie die Verluste durch Versiegelung", sagt er. Wenn schwere Maschinen Äcker und Wälder befahren, kann das den Boden nachhaltig zerstören und aus einem fruchtbaren Boden ein ödes Stück Erde machen.

Wenn man von "fruchtbarem" Boden spricht, meint man in der Regel nur die organische Schicht des Bodens, den Humus, der erst durch die Aktivität von zahllosen Mikroorganismen, Pilzen, Insekten und Würmern entsteht und sich durch diese stetig verändert und - so ist es zumindest gedacht - auch stetig erneuert. Für den 2015 erschienenen "Bodenatlas" wurde errechnet,

dass unter einem Hektar Fläche 15 Tonnen Bodenlebewesen leben, das sind 1,5 Kilogramm pro Quadratmeter. Es sind vor allem Bakterien und Pilze, aber auch Algen, Fadenwürmer, Springschwänze, Milben und Asseln. Diese Lebewesen sorgen für die Durchlüftung des Bodens, sie schaffen die Poren, damit der Boden Wasser speichern kann und machen die Erde durchlässig, sodass Pflanzen überhaupt wurzeln können und versorgen sie mit Nährstoffen. Ohne dieses Bodenleben gäbe es keine Nahrung auf dieser Erde. Unsere Nährstoffe haben alle ihren Ursprung in den Stoffwechselprozessen des Bodens und der Aktivität seiner Mikroorganismen."Der Humus ist für die Fruchtbarkeit, für die Wasserspeicherung, die Filtrationswirkung und für alle biologischen Umsetzungen unverzichtbar", so Wenzel. Speziell über das sogenannte Mikrobiom des Bodens, die unzähligen Bakterien und Pilze weiß man nichtsdestotrotz bis heute allerdings relativ wenig.

Boden ist das gesamte geologische Material, das erdgeschichtlich je verwittert ist und weiter durch die Tätigkeit der Bakterien gebildet wird. "Die Mikroorganismen verdoppeln die Geschwindigkeit der Verwitterung. Das Auflösen von Mineralien, die Umwandlung von Glimmer oder Feldspat in Tonmineralen, die Bildung von Eisenoxiden, die den Boden dann braun färben usw. gehen auf die Mikroorganismen zurück", so Wenzel. Boden besteht zu jeweils einem Viertel aus Luft und aus Wasser. Hinzu kommen Tonmineralien, Gesteine, Schluff und Sand, die nicht organisch sind. Nur fünf Prozent des Bodens sind organisches Material, achtzig Prozent davon wiederum sind Humus. Dieses Verhältnis von organischen und nichtorganischen Anteilen im Boden ist wichtig für die Fruchtbarkeit eines Bodens und ist je nach Bodenart unterschiedlich. Es ist wichtig, dass der Anteil von Humus nicht zu hoch ist.

Humus entsteht durch den Abbau von pflanzlichem Material durch Bakterien. Für die Entstehung von Dauerhumus aber sind vor allem die Regenwürmer zuständig: In ihrem Darm entsteht die dauerhafte Verbindung von Ton-Mineralien und Huminstoffen. Die chemischen Prozesse im Inneren der Regenwürmer führen dazu, dass der Ackerboden oder das, was wir als "Erde" bezeichnen, braun ist und gerade auf eine Weise krümelig, dass Pflanzen gut gedeihen, sich mit Wasser versorgen können, auch wenn es nicht regnet, und der Boden nicht einfach so weggeflutet werden kann. Ein Kubikmeter Boden kann etwa 200 Liter Wasser speichern. "Wenn man den Boden nun verdichtet, intensiv bewirtschaftet oder versiegelt, verschiebt sich die Zusammensetzung des Mikrobioms im Boden", sagt Wenzel.

Ein Produkt der Evolution

Besonders die Verdichtung führt letztlich zu einem Luftmangel im Boden, zu Wasserstau und einer in Folge schlechteren Durchwurzelung des Bodens. Es kann sein, dass die Pflanzenwurzeln gar nicht mehr zu den tieferen Schichten vordringen können. "Im Extremfall kann das fruchtbare Bodenvolumen nicht ausgeschöpft werden, Pflanzen wie Mikroorganismen leiden unter Luft- und Sauerstoffmangel mit möglichen toxischen Wirkungen, und auch die Mineralisierung von Nährstoffen wie Phosphor und Stickstoff wird beeinträchtigt", fasst Wenzel zusammen. Letztlich wird das ausgewogene Verhältnis mineralischer und organischer Substanz im Boden gestört.

Die Böden in Österreich sind etwa 11.000 Jahre alt, also im Vergleich noch relativ jung, wie überall in Mitteleuropa, wo wiederkehrende Eiszeiten die Bodenbildung immer wieder zurückwarfen. Der Boden erreicht hier eine typische Stärke von etwa einem Meter mit deutlichen lokalen Unterschieden: In gebirgigen Regionen bzw. Lagen ist die Bodenschicht vielleicht nur wenige Millimeter stark, in anderen Bereichen kann sie aber auch eine Mächtigkeit von zwei Metern erreichen.

Für die Entstehung einer auch nur einen Millimeter starken Schicht braucht es ungefähr ein Jahr. Weil es dort keine zerstörerischen Gletscher gab, die den Prozess unterbrochen hätten, sind die Millionen von Jahren alten Böden der Tropen wesentlich mächtiger. Dort können es durchaus einige Dutzend Meter werden. Diese Böden sind allerdings relativ nährstoffarm.

Beziffern, wie viel vom österreichischen Boden noch intakt im Sinne eines lebendigen Bodens ist, ist kein leichtes Unterfangen. Man weiß, dass Österreich jährlich mehr Boden verliert, als neuer

entsteht, aber die Belastungen für den Boden sind zu unterschiedlich, um sagen zu können, wie hoch der verbliebene Anteil gesunden Bodens noch ist. Neben Versiegelung und Verdichtung spielt auch die Kontamination von Böden eine große Rolle. Auch sie bringt das Gleichgewicht des Bodens ins Wanken und verändert seine Zusammensetzung. Die Gefahr für dieses einzigartige Produkt der Evolution ist jedenfalls groß. Den Boden retten kann nach Ansicht von Walter Wenzel nur eines: eine radikale Umstellung unserer Ernährung mit weniger Fleisch und basierend auf einer ökologisch verträglichen Landwirtschaft.